

# Volkswacht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Abzugspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist heute vormittag unter No. 19 des Herrn Reichspräsidenten einem Kabinettsrat zugekommen. Zur Beschäftigung stand die richtige Antwort auf die Einladung der alliierten Regierungen einer Konferenz über die Sicherheitsfrage. Es wurde beschlossen, die alliierte Einladung zur Konferenz anzunehmen. Als deutsche Delegierte werden der Reichspräsident und der Reichsminister des Auswärtigen der Konferenz teilnehmen.

**Organ für die werftätige Bevölkerung**  
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: Breslau 2  
Zersprech.-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.  
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5852.

**Anzeigenpreis:** Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 20 Pf., auswärts 25 Pf., Anzeigen unter 20 Zeilen 2 Pf., Stellenangebote 3 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Verlobungs- und Hochzeitsanzeigen 7 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 2 Pf., das letzte Wort 4 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Geschäftsstelle (Ringstr. 1206) oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

## Auf dem Weg in den Völkerbund

### Nach Hindenburgs Annahme der französischen Einladung.

Amlich wurde gestern meldet: Das Reichsministerium hat heute vormittag unter No. 19 des Herrn Reichspräsidenten einem Kabinettsrat zugekommen. Zur Beschäftigung stand die richtige Antwort auf die Einladung der alliierten Regierungen einer Konferenz über die Sicherheitsfrage. Es wurde beschlossen, die alliierte Einladung zur Konferenz anzunehmen. Als deutsche Delegierte werden der Reichspräsident und der Reichsminister des Auswärtigen der Konferenz teilnehmen.

Die Zustimmung des Reichspräsidenten v. Hindenburg zur Annahme der Einladung zur Sicherheitskonferenz hat selbstverständlich in den Kreisen der Hindenburgwähler ein großes Kopfschütteln hervorgerufen. Sie fragen weshalb sie eigentlich den „Ketter“ gewählt haben, nachdem General und ehemalige kaiserliche Marschall auch keinen anderen Weg zu gehen vermag als die Politik der Verständigung. Folgende gehen die Blätter der nationalistischen und deutschnationalen Flügel jetzt dazu über, den „Ketter“ als den schändlichsten „Lügner“ der verfluchten Stresemann-Luther-Regierung zu bezeichnen, der eben auch nichts anderes wie Ja und Amen zu landesverräterischen Politik des neuen Erfüllungszantiers zu können.

Wahrlich gibt deshalb die „Deutsche Zeitung“ einen erschütternden Bericht wieder, der für den „Kundigen“ Seite ergangen ist. Dieser öffentliche Spezialakt für die Verfassung von 1919 ist nicht ohne weiteres zu unterschätzen. Diese Rechte des Reichspräsidenten sind jedoch mehr oder minder formaler und repräsentativer Natur, weil sie verfassungsrechtlich in ihrem Inhalt starken Beschränkungen unterworfen sind. Zunächst bedürfen alle Akte, die der Reichspräsident in Ausübung seiner völkerrechtlichen Vertretungsbefugnisse vollzieht, zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichspräsidenten oder des Reichsministers des Auswärtigen. Ferner hat — und das ist der Kernpunkt — nicht der Reichspräsident die Richtlinien der auswärtigen Politik zu bestimmen, sondern der Reichspräsident, der dies als der Vertrauensmann der Reichstagsmehrheit in deren Sinne tut. Schließlich hat beim Abschluss von völkerrechtlichen Verträgen meist auch noch der Reichstag mitzureden. Wir sehen also, daß der Reichspräsident in der Sache selbst nicht allzuviel mitzureden hat, daß seine Tätigkeit sich in der Hauptsache auf die Ausstellung der Verhandlungs- und Abschlussvollmachten sowie die Ratifikation und Publikation völkerrechtlicher Verträge erstreckt, während die materielle Seite der Angelegenheit vom Reichstag zu bestimmende Politik und die meist entscheidende Zustimmung des Reichstags maßgebend ist. Sollte der Reichstag dagegen den Sicherheitspakt mit der für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Mehrheit annehmen, so ließe dem Reichspräsidenten nichts anderes übrig, als dieses verfassungsmäßig zustandgekommene Gesetz unterzeichnetlich zu vollziehen und zu verkünden. Eine Weigerung würde in diesem Falle sich als eine Verfassungsverletzung darstellen.

Paris, 25. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Besuch der Reichsregierung, die Einladung zur Ministerkonferenz anzunehmen, findet in den hiesigen Morgenblättern nur wenig Kommentare. Bemerkenswert sind die Ausführungen des „Zeitlichen“, der darauf hinweist, daß die deutsche Regierung gar nicht anders hätte handeln können, als die Verhandlungen über den Sicherheitspakt bereits so weit gediehen seien, daß eine deutsche Abweisung als ein Mangel an Aufrichtigkeit erschienen wäre. Das ist glaubt, daß die deutsche Antwort in ganz allgemeinen Ausdrücken abgefaßt sei und daß die von einem Teil der deutschen Presse formulierten Vorbehalte, daß die kommende Konferenz einen rein vorbereitenden Charakter haben solle und die Dispositionen nicht in parallel laufenden Verhandlungen behandelt werden können, in dieser Antwort enthalten seien. Es sei jedoch zu bemerken, daß außer und Stresemann diese Vorbehalte in Verbindung zum Ausdruck bringen würden. Sollte das der Fall sein, würden die alliierten Regierungen dem einen heftigen Widerstand entgegenzusetzen. Die Verhandlungen seien bereits weit fortgeschritten, daß die kommende Ministerkonferenz, nur Redaktion der kommenden Verträge gewinnend sein könne. Die andere Methode würde nur dazu beitragen, die Verhandlungen zu erschweren und bedauerliche Polemiken auszuwerfen, die den endgültigen Erfolg der Verhandlungen in Frage stellen könnten. Auch jeder Versuch, die beiden Kategorien von Verträgen, das heißt den Westpakt und die Ostverträge, voneinander zu trennen, sei unzulässig. Deutschland selbst habe in dem Memorandum vom 2. Februar vorgeschlagen, neben dem Westpakt Sicherheitsverträge abzuschließen, die sich mit diesen verknüpfen würden. Als diese Frage in Genf mit Benesch und Poincaré besprochen worden sei, habe man beschlossen und

Chamberlain habe seine Zustimmung dazu gegeben, daß die beiden Verhandlungen zwar getrennt, aber gleichzeitig geführt werden sollen. Infolgedessen würden die Außenminister Polens und der Tschechoslowakei am Ort der Ministerkonferenz sich am Zeitpunkt der Eröffnung der Verhandlungen einfinden.

### Banderverbe über internationale Schiedsgerichte, Deutschlands Völkerbundsbeitritt und die Räumung von Köln.

Breslau, 25. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Breslauer Korrespondent des „Pariser Temps“ hatte Gelegenheit, den belgischen Außenminister Vandervelde kurz nach seiner Rückkehr aus Genf über die politische Lage zu befragen. Vandervelde erklärte, daß über den Sicherheitspakt eine erste Einigung der drei Delegierten Frankreichs, Englands und Belgiens erfolgt sei. Im übrigen habe Belgien mit der Garantie für Schiedsgerichtsverträge ebenso wenig zu tun wie England. Diese Frage betreffe allein Frankreich. Vandervelde fügte hinzu: „Meine erste Amtshandlung nach meiner Rückkehr war die offizielle Mitteilung, daß Belgien dem Artikel 19 des Statuts für das internationale Schiedsgericht im Haag anschlösse. Belgien nimmt das obligatorische Schiedsgericht für die Regelung internationaler Differenzen an, aber mit drei Vorbehalten:

1. Wir erklären unseren Anschluß für die Zeit von 15 Jahren wie Frankreich.
2. Wir nehmen wie Holland das obligatorische Schiedsgericht für Streitfälle der Zukunft an.
3. Wir akzeptieren das obligatorische Schiedsgericht, falls sich nicht etwa beide Parteien dazu bereit erklären, eine andere Methode der friedlichen Regelung vorzunehmen. In weniger wichtigen Streitfällen wie z. B. bei unseren Differenzen mit Luxemburg erscheint uns der Apparat des Haager Gerichtshofes als allzu groß. Das Haager Schiedsgericht darf nur bei Angelegenheiten von harter Bedeutung in Anspruch genommen werden.

Anschließend erklärte Vandervelde: „daß der Rhein-Landpakt mit dem Tage in Kraft treten wird, an dem Deutschland dem Völkerbund beitrete.“ Für den Beitritt des Deutschen Reiches würden die gleichen Bedingungen gelten wie für die Aufnahme der anderen Staaten. In Bezug auf die Räumung der Kölner Zone äußerte der belgische Außenminister: „Ich kann nur sagen, daß die Besprechungen über diese Frage eine günstige Wendung nahmen.“

### Die deutschnationale Presse im volksparteilichen Licht.

In der „Nationalliberalen Korrespondenz“, dem offiziellen Organ der Deutschen Volkspartei, findet sich ein heftiger Angriff auf den „Köln-Anzeiger“ und die „Hugenberg-Presse“. Der „Köln-Anzeiger“ hat seit langer Zeit immer wieder eine Kampagne gegen Stresemann geführt, die sich von den offenen Angriffen der „Deutschen Zeitung“ dadurch unterscheidet, daß mit Nachrichten und Informationen gearbeitet wurde. Schon einmal hatte die „Nationalliberalen Korrespondenz“ den obersten Chef der Hugenberg-Berlage, den deutschnationalen Abgeordneten Geheimrat Hugenberg, persönlich apostrophiert und damit gedroht, man werde „die Karten aufdecken“. Nun bezieht sich die genannte Korrespondenz auf ihre damalige Äußerung und verlangt von Hugenberg, daß er selbst einmal beim „Berliner Lokal-Anzeiger“ zum Reden stehen solle. Die Zeitung hätte unter anderem bis heute nicht die Namen der geheimnisvollen Unterhändler genannt, die laut „Köln-Anzeiger“ für Stresemann in Paris tätig waren. Jetzt habe der „Köln-Anzeiger“ es fertig gebracht, aus der Erklärung der Deutschen Volkspartei für die amtliche Reichspolitik eine Aktion Stresemanns gegen die deutschnationale Koalitionspartei zu machen. Hier muß man im Wortlaut der Korrespondenz fortfahren, da die Schärfe sonst vielleicht unklar bleibt.

Dabei heißt die Berliner Hugenberg-Presse die „Unverschämtheit“, sich in einem Rundschreiben an die Geschäftsführer der Deutschen Volkspartei im Reich mit der Bitte um Überlassung der Adressen von Mitgliedern ihm zu wenden. „Lügenhafte Weise wird in diesem Rundschreiben behauptet, daß die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei bereits mehrere Hundert Adressen zur Verfügung gestellt habe. Wahr dürfte dagegen das in dem Schreiben gemachte Eingeständnis sein, daß die Hugenberg-Presse auf die Gewinnung volksparteilicher Abonnenten besonderen Wert lege. Diese Werbung ist aber nur einseitig. Jedenfalls dürfte nach den Leistungen des „Köln-Anzeigers“ ein Zweifel über den wahren Charakter der Berliner Hugenberg-Presse in volksparteilichen Kreisen nicht mehr bestehen.“

Diese Sprache gegenüber Blättern einer anderen Regierungspartei ist ungenügend. Die Gründe liegen wohl nicht so sehr in der Gegenüberstellung der Anschuldigungen, sondern vielmehr in der Empörung über eine gewisse „indirekte“ Reaktion, keine Anschuldigungen zur Geltung zu bringen. Statt daß man offen erklärt, man billige das Vorgehen eines Politikers nicht, hat man lieber (wieder) teilweise Informationen gegeben, die diesen Politiker in ein schlechtes Licht stellen sollen. Wir sagen Ihnen werden schon längst mit diesen Methoden und Mitteln — Sarnau-Berhandlungen — von der deutschnationalen Presse verwendet. Sollte man jemals in Zukunft noch behaupten, daß diese Methoden „unpersönlich“ und „lügenhaft“ sind, so werden wir uns auf das offizielle Organ der Volkspartei beziehen.

## Das Angebot der Tschechoslowakei.

Aus Prag wird uns geschrieben: Die tschechische Politik war vom Tage des Werdens des neuen Staates an westlich orientiert. Mehr noch: es wurde fast ein Kult mit der französischen Kultur getrieben. Was von Frankreich kam, war über alle Kritik erhaben. Das galt für französische Philosophie und französische Literatur genau so wie für die französischen ausrangierten Flugzeuge, die der große Protektor seinem getreuen Verbündeten teuer zu verkaufen geruchte. In der Politik galt Frankreich schlechthin als unfehlbar. Keine Außenpolitik konnte populärer sein als die sich eng an Frankreich anschließende des tschechoslowakischen Außenministers Dr. Benesch. Sie erreichte ihren Höhepunkt mit dem französisch-tschechoslowakischen Bündnisvertrag, zu dessen Weihe Präsident Masaryk selber nach Paris reiste, wo er die bekannten Worte vom „Verbunden sein in guten und bösen Tagen“ sprach.

Die westliche Orientierung der Tschechoslowakei ist aus der Geschichte erklärlich — nicht nur aus der jüngsten Geschichte. Das tschechische Volk ist im alten Oesterreich emporgeliegen im Kampfe gegen die Vorherrschaft der Deutschen. Sein Staat ist geworden im Kampfe gegen Oesterreich, als dessen Repräsentanten ihm die Deutschen erschienen, und mit Hilfe Frankreichs und Wilsons. Der Staat umfaßt nicht bloß die Wohngebiete der Tschechen und Slowaken, sondern auch die anderer Völker, vor allem die von 3 1/2 Millionen Deutschen. Über seine geographische Lage ist die unglücklichste, langgezogene Grenzen, die im Kriegsfall kaum mit Erfolg zu verteidigen wären. Und dieser kleine, so schmal und lang — abnehmende Staat, ein schwaches Gebilde schon deshalb, weil er rings an seinen Grenzen große Massen anderer als tschechischer Volksangehöriger sitzen hat, ist von drei Seiten von deutschen Volk umschlossen! Seine Nachbarn sind Deutschland und Deutsch-Oesterreich, jene Staaten, von denen die Tschechen als selbstverständlich annahmen, daß sie die Friedensverträge, die ihnen aufgezwungen worden waren, als drückend und ungerecht empfinden. Aber gerade an diese Friedensverträge, an ihre Heiligkeit, an ihre ewige Unabänderlichkeit klammert sich die tschechische Politik. Was näher, als sich anzusehen an jenen Staat, dem die Tschechoslowakei ihr Dasein verdankt, ihr Werden in der von den tschechischen Nationalisten gewünschten Form, und der gleichfalls an der Unverletzlichkeit dieser Verträge interessiert ist?

Niemand wird dem tschechoslowakischen Außenminister Klugheit und Gewandtheit abstreifen wollen. Aber einer der Staatsmänner ganz großen Formats ist er nicht. Er vermag sich überraschend geschickt jeder Situationsänderung anzupassen, aber in seinem politischen Denken scheint es kein Erfassen der Möglichkeiten einer über den heutigen europäischen Zustand hinausführenden Entwicklung zu geben. Mit den Verträgen von Versailles und St. Germain hat für ihn die europäische Geschichte ihr Ende erreicht. Nun ist die Aufgabe der Politik nur noch die Ausgestaltung und Festigung der Verträge und die Sicherung der durch sie geschaffenen Verhältnisse. Solches Denken macht Dr. Benesch in manchen Fragen geradezu starrsinnig. So erklärt sich sein heftiger Kampf gegen den Anschluß Oesterreichs an Deutschland. So erklärt sich aber auch seine Bündnis- und Vertragspolitik.

Dr. Benesch hat die Politik Poincarés mitgemacht. Sie galt ja der Aufrechterhaltung der Friedensverträge. Aber er hat sich auch willig, ja sogar mit einer gewissen Uebersehensfähigkeit, der Politik Herriots und MacDonalds angeschlossen, denn sie galt der dauernden Sicherung des europäischen Friedens auf Grund der bestehenden Verträge. So wurde Dr. Benesch zum begeisterten Vorkämpfer für das Genfer Protokoll. Als mit dem Regierungswechsel in England auch das Genfer Protokoll begraben wurde und schließlich die Möglichkeit einer beschränkten Befriedung Europas — freilich einer sehr wichtigen und bedeutungsvollen Befriedigung, die zwischen Frankreich und Deutschland — aufstauete, da war Dr. Benesch bald wieder mit ganzem Herzen bei der Sache. Ein deutsch-französischer Pakervertrag: das entsprach ja ganz seiner Lieblingsidee der „Regional-Verträge“. Aber natürlich mußte die Tschechoslowakei mit dabei sein. Ein Pakt über Deutschlands Westgrenzen, das wäre nur etwas Halbes. Auch die Ostgrenzen müssen verbürgt werden! Langes, helles Bemühen galt der Erreichung dieses Zweckes. In Eifer und Egidie hat es Dr. Benesch gewiß nicht fehlen lassen. Auch ein anderer hätte aber England nicht davon zu überzeugen vermocht, daß es die deutschen Ostgrenzen, daß es die Sicherung des polnischen Korridors mit verbürgen müsse. Und schließlich haben sich auch seit den letzten Wahlen und seit den letzten politischen Ereignissen, die Anschauungen in Frankreich etwas gewandelt. Die französischen Finanzen und der Krieg in Marokko sind wichtiger als die deutschen Ostfragen. — Jmal kann, wenn die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich in unmittelbarer Nähe rückt.



# Volksgesundheitsfragen im Landtag.

Der Landtag trat am Donnerstag in die zweite Session des Haushalts des Volkswohlstandsministeriums ein.

Abg. Dr. Wenf (Soz.)

Die wichtigste in großen Zügen das Volksgesundheitsprogramm der Sozialdemokratie: Die allgemeine Sterblichkeit ist in Deutschland pro 1000 von 15 auf 12,5 Prozent und die Säuglingssterblichkeit von 20,7 Prozent im Jahre 1919 auf 10,6 Prozent im Jahre 1924 zurückgegangen. Diese Zahlen geben jedoch keinen genügenden Maßstab für die tatsächlichen Gesundheitsverhältnisse. Erstens ist die Säuglingssterblichkeit in anderen Ländern, z. B. in Skandinavien, noch viel geringer als in Deutschland, und auf der anderen Seite haben die Todesfälle infolge von Kindbettfieber gewaltig zugenommen. (Sehr richtig! links.) Im Jahre 1913 gab es 21,0 Prozent solcher Todesfälle, im Jahre 1921 sage und schreie 46 Prozent — trotz aller Fortschritte der Hygiene. Schuld an diesen furchtbaren Zahlen sind die Zunahme der künstlichen Fehlgewürten und die traurigen Wohnungsverhältnisse. Wie sich unter diesen Umständen diejenigen als Hüter der Volksgeundheit aufspielen wollen, die immer wieder gegen die Aufhebung der §§ 218 und 219 vorgehen, ist völlig unbegreiflich.

Im Mittelpunkt unserer Gesundheits- und Bevölkerungspolitik steht das Problem des Geburtenrückgangs. In Berlin haben wir im Jahre 1870 insgesamt 47,2 Geburten auf 100 Einwohner feststellen können; im Jahre 1923 sind es nur noch 14,4 Prozent. Die schweren wirtschaftlichen Verhältnisse spielen hier eine große Rolle. Wenn der Staat und unter den Parteien besonders das Zentrum von den ausgemergelten Frauen des Volkes die Gebärpflicht verlangen, dann obliegt dem Staate auch die Nährpflicht. Es ist uns schleierhaft, wie die Parteien, die für die Schutzvorschriften eingetreten sind, den Kampf gegen den Geburtenrückgang aufzuheben wollen. Mit der Verteuerung der Lebensmittel wird die Tuberkulosebekämpfung illusorisch gemacht. Wenn augenblicklich infolge Kreditkürzungen Getreideabgaben erfolgen, so ist das nur eine vorübergehende Erscheinung, die an der großen Preissteigerung nichts ändert. Die Preissteigerung ist jedenfalls eine unbestreitbare Tatsache. Arbeiterlohn, Arbeiterversicherung, Wählerinnenwahl, Tuberkulosebekämpfung usw. auf der einen Seite, Verteuerung der Lebensmittel auf der anderen — das bedeutet zwei Pferde vor den Wagen und vier hinter den Wagen spannen.

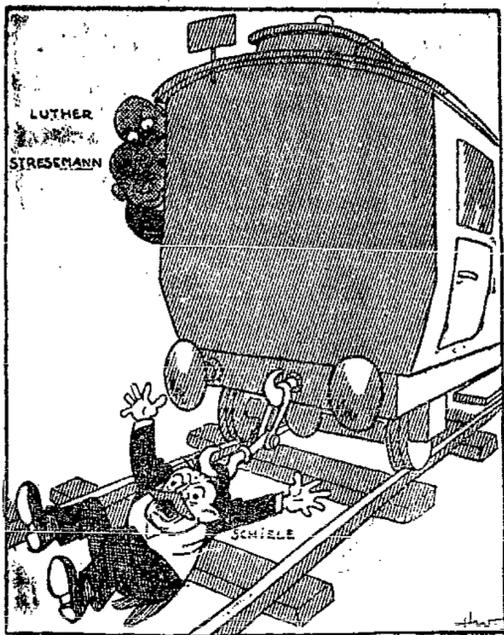
Die Denkschrift des Volkswohlstandsministeriums — wir beantragen ihre Überweisung an den bevölkerungspolitischen Ausschuss — ist eine fleißige Arbeit, aber ihre Zahlen sind fragwürdig. Nach der Denkschrift ist die allgemeine Sterblichkeit im engeren Preußen auf 11,77 pro 1000 Einwohner gesunken, die Tuberkulosesterblichkeit auf 11,8 pro 1000 Einwohner und die Säuglingssterblichkeit auf 10,57 pro 100 Lebendgeburt. Wenn diese Zahlen wirklich stimmen sollten, dann darf nicht vergessen werden, daß besonders im Jahre 1923 der Tod unter den Kindern und den alten Leuten reiche Ernte geschnitten hat, so daß für ihn nicht mehr so viel übrig geblieben ist. (Sehr richtig! links.) Auch die Denkschrift muß zugeben, daß der Gesundheitszustand der kleinen Kinder unter allen Altersklassen der schlechteste ist. Das sind die Kinder, die in der Inflationszeit geboren wurden. Wenn auch die Sterblichkeit zurückgegangen, so hat doch die Mutilkation und die Zahl der Krankheiten gewaltig zugenommen.

Wir haben also alle Veranlassung, daß bei unserer Volkswohlstand alle Hilfsmöglichkeiten ausgeschöpft werden. Der bevölkerungspolitische Ausschuss und auch der Hauptausschuss hatten eine Reihe von Empfehlungen bewilligt, allein vor einigen Tagen hat der berühmte „Hängeauschuss“ alles wieder vernichtet. Eine Reihe von Resolutionen sind wieder gestrichen worden, die für die Volksgeundheit geradezu unentbehrlich sind. So sind die 30 000 Mark, um die wir den Fonds zur Bekämpfung der Krebskrankheit erhöhen wollten, gestrichen worden.

Die Medizinabteilung ist im Laufe der letzten Monate sehr rührig gewesen; so sind beispielsweise eine Reihe Anträge aus dem Hauptausschuss, die vom Plenum noch nicht ratifiziert sind, auf dem Verwaltungswege der Verwirklichung nahegeführt worden. Besonders anzuerkennenswert ist die Arbeit der Medizinabteilung auf dem Gebiete der Wahlen für die Ärztekollegien, für welche die Vorlage die Einführung in die Wahlrechtsverfahren vorsieht. Ferner soll endlich in den nächsten Wochen ein Entwurf zur Förderung der Jugendgesundheitsdemokratie dem Staatsministerium vorgelegt werden. Auch in der Frage der Impfungsgesetzgebung ist der Stein ins Rollen gebracht worden; den ärztlichen Gegnern der Impfungsgesetzgebung soll die Möglichkeit gegeben werden, vor dem Landesgesundheitsrat ihre Ansicht zu äußern. Ebenso wird nun endlich die Frage des Verhältnisses der Zahnärzte zu den Technikern bald einer Lösung entgegengeführt. Im Namen meiner politischen Freunde hebe ich ausdrücklich hervor, daß wir wünschen, der bewährte Mann an der Spitze unserer Medizinabteilung möge uns noch möglichst lange erhalten bleiben.

Genosse Wenf behandelt dann eingehend das Verhältnis zwischen den Ärzten und den Krankenkassen. Er verweist dabei auf den Bericht des Oberregierungsrats Köhle im Reichsgesundheitsamt über seine Erfahrungen in Rußland. Köhle schreibt,

# Der Zug nach Westen.



Unter starker Garantie packt  
Dich der Zug der Zeit am Kragen.  
Und das Spiel vom Garantepakt  
Schafft den Beiden nur Behagen.  
Und du fährst dich eingeseift  
Möchtest fort noch vor dem Ziele —  
Doch der Haken greift und zieht  
Immer weiter diesen Schiele.

daß in Rußland der Arzt der Zukunft den kranken Menschen nicht mehr als Objekt zur Erhaltung seiner ärztlichen Existenz zu betrachten brauche. Er habe naturgemäß ein persönliches Interesse an der Gesundheitsförderung der Bevölkerung seines Reiches. Er wisse, daß er zu diesem Zwecke sein Augenmerk vor allem auf die Erziehung (Vorbeugung) richten muß. Sei uns ist nur den be- amteten Ärzten die Anwendung prophylaktischer Maßnahmen geboten. Sie muß aber universell gestaltet und zum Gemeinwohl aller Ärzte werden. Früher oder später müssen wir zu einer Planwirtschaft in dem Verhältnis zwischen Kranken und Ärzten kommen. Bisher haben die Vertreter der Medizin nach dieser Richtung verjagt; sie haben die anderen denkenden Kollegen mit Terror und Boykott bedroht. Zwischen den Ärzten und Kassen muß endlich einmal Ruhe und Ordnung eintreten. Mit Hilfe des im Hauptauschuss angenommenen Antrags müssen die beiden Organisationen endlich einmal an den Verhandlungstisch gebracht werden. Kassen und Ärzte gehören zusammen. Erfolgreicher Weise hat der Leipziger Verband unseren Auffassungen gegenüber jetzt wenigstens ein bescheidenes Entgegenkommen gezeigt; er bezieht auf der jüngsten Tagung in Leipzig, im Rahmen einer Planwirtschaft, dafür zu sorgen, daß die Ärzte während der Stadt- und Landeswahlen nicht bedroht werden sollen.

Abg. Dr. Duast-Basem (Dnat.): Der wirkliche Grund für den Rückgang auf sozialem Gebiete ist der Verfall der Vertrag. Jede Art Sport sei dagegen zu pflegen.

Abg. Dr. Böhm (D. Sp.): Im Volkswohlstandsministerium wäre und Tüchtigkeit maßgebend, sondern katholische Konfession und Parteizugehörigkeit.

Abg. Bischof (Wirtschaftspartei) forderte Beilegung des Volkswohlstandsministeriums.

Abg. Frau Dr. Klauener (Dem.) unterstützt die Anträge, die eine verstärkte Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten bezwecken. Die Zahl der Tuberkulose-Sterbefälle sei erschreckend groß.

Abg. Dr. Becker (Ztr.): Die Verteilung des ärztlichen Professionsrechts bedürfe dringend einer einheitlichen Regelung.

Abg. Kunze (Soz.) fordert vom Minister Tatkraft in der Abwehr aller Verluste, den Volkswohlstand zu kürzen. Sie verlangte mehr Hilfe für die Wöchnerinnen, Erhaltung des Stillgebotes, Maßregeln gegen den Mißbrauch der Frauenarbeit und besonderen Schutz für die schwangeren, erwerbstätigen Frauen.

Die Aussprache wird hierauf abgebrochen; am Freitag werden die Ost- und Optantenfragen behandelt.

# Arzt und Richter.

## Neuregelung der Gefangenbehandlung.

Auf Anregung des HfStA-Ausschusses des Preussischen Landtags hat der Minister für Volkswohlstand zur Beilegung der durch den Runderlaß vom 23. August 1924 über Mängel der gerichtsarztlichen Begutachtung, entfallenden Mißverständnisse einen neuen Erlass herausgegeben, in dem es heißt:

Bei den Worten des früheren Erlasses, wonach der Gerichtsarzt als Sachverständiger vor Gericht ein Gutachten abzugeben hat, handelt es sich nicht um einen neuen Begriff, sondern um einen, schon in der Begründung zur Strafprozeßordnung enthaltenen, allgemein anerkannten Rechtsgrundsatz, der für alle Sachverständigen vor Gericht gilt. Jener Satz bedeutet aber nicht, daß der Richter den Gerichtsarzt in seiner ärztlichen Überzeugung oder wissenschaftlichen Begründung eines Gutachtens irgend wie beeinflussen dürfe. Jeder Sachverständige muß nach seinem Gewissen sein Gutachten unparteiisch abgeben. Im übrigen gelten jene Worte (Gutachten des Richters) nur für die Tätigkeit des ärztlichen Sachverständigen vor Gericht, nicht aber für die ärztliche Behandlung kranker Gefangener.

Der Inhalt des Erlasses über die Frage des Gutachterdachts von Untersuchungsgefangenen" gibt lediglich die geltende Rechtslage wieder. Er bezweckt nur, den Arzt auf die rechtlichen Gesichtspunkte hinzuweisen, die der Richter bei der Frage der Haftentlassung eines kranken Untersuchungsgefangenen zu beachten hat. Eine Bindung des ärztlichen Gutachtens etwa in dem Sinne, daß er zu prüfen hätte, ob ein Untersuchungsgefangener als fluchtverdächtig anzusehen sei, bedeutet jener Erlass nicht. Der Arzt soll lediglich nach medizinischen Gesichtspunkten prüfen, ob und welcher gesundheitliche Schaden bei Aufrechterhaltung der Haft für einen Gefangenen entstehen, und inwiefern der Gefangene durch seine Krankheit in seiner Bewegungsfähigkeit beeinträchtigt wird. Die Entscheidung über die Haftentlassung steht nur dem Richter zu.

Der Gerichtsarzt hat sich gegebenenfalls auch darüber zu äußern, ob die Einrichtungen des Gefängnislazarettes eine ordnungsmäßige Behandlung des kranken Gefangenen ermöglichen, und im Einzelfall die Verlegung des Gefangenen in eine Krankenanstalt zu beantragen.

Gegenüber den Worten, wonach sich manche Ärzte bei ihren Attesten durch eine „unangebrachte Milde“ haben beeinflussen lassen, wird betont, daß der Arzt bei seiner Begutachtung auch jede unangebrachte Härte gegenüber Untersuchungsgefangenen vermeiden soll.

# Bötsche Mannen von ihrem Fürsten enttäuscht!

Bei dem patriotischen Kummel, den kürzlich die „Batsländischen Verbände“ in Anwesenheit eines wichtigen deutschen Bundesfürsten, Seiner Durchlaucht des Fürsten Leopold von Lippe-Deimold, am Hermanns-Denkmal abhielten, hat der hohe Herr beim Anrücken der Hilslerischen Garde den Rücken herumdrehet. Das hat das Landrechtsamt des General-Ludendorff arg erobert und so hält das Zentralorgan aller Bötschen, die eben noch im Begriff waren, Seiner Durchlaucht durch einen strammen Paradermarsch ihre Reserven zu machen, der „Bötsche Kurier“ dem von Gottes Gnaden berufenen und abgedankten Bundesfürsten folgende Standpauke:

„Was es große Taktlosigkeit, die da einen Fürsten Manieren eines Gallenjungens vorführen ließ? Hat das vorhergehende hochwürdige Sekundärlieutnant die künftigen Hemmungen der Erziehung gelöst? War es die Scham beim Anblick der Bescheiden eines künftigen besseren Deutschland, das er schon mal zu Tode regieren half? Denn auf der hochwürdigsten Brust strahlte der Hausorden, dessen Großkomtur noch heute der gallische Hohljude Epstein ist und an der Seite hing der edelsteingekämmte Degen, der schon mal in Urhren abgeschliffen wurde, als der damalige Fürst auf Befehl des Juden Neumann-Hofer und einer horde Novemberkänge den Thronkaat seiner Väter verlassen und sich in einem Nebengeläch unter größtem Gelächter wafflos hinter den Ofen drücken mußte. . . Dort oben ließ man, die Orden blinken, die Sporen klingeln, die Säbel rasellen, die Hügel rollen. Ein glänzendes Schauspiel entrollte sich, dessen Höhepunkt die Tausende von braven Franzosen nicht durchschauen konnten, während sie ehrlich begeisterte Hochrufe auf ihr deutsches Vaterland ausbrachten. Gott sei gedankt, daß ein gültiges Gesicht unteren General-Ludendorff verhinderte, diesem Rückfall in höchst faule reaktionäre Gewohnheiten einen unverdienten Glanz zu verleihen.“

Ja, die Herren National-„Sozialisten“ werden noch ganz andere Hinterleile hochermügender Herrschaften zu sehen bekommen, wenn sie die Hofetikette weiterhin so verletzen wie ihr General-Ludendorff, der die Ehre des bayrischen Kronprinzen auch nicht höher einschätzen wollte wie die eines simplen Generals. Solange die Herren vom Hakenkreuz Latate hierher, die man heute als Statisten heranzieht und morgen mit einer Rechtsprechung entläßt, verdienen sie nichts anderes wie die Rückseite Seiner Durchlaucht und den Austritt der Schranzen um ihn herum.

# Aus aller Welt.

**Berliner Empfang eines führenden Pariser Theatermannes.**  
Der Direktor des Pariser Theaters Odeon, Firmin Gémier, ist gestern nachmittag in Berlin eingetroffen. Er wurde auf dem Bahnhof von dem Intendanten der Staatstheater, Leopold Jechner, und den Präsidenten der deutschen Bühnengesellschaft, Wallauer und Riedel, begrüßt. Die Bühnengesellschaft gibt ihm zu Ehren heute ein Frühstück, wo er Gelegenheit haben wird, mit einer Reihe von Theaterleitern und Referenten des Kultusministeriums Führung zu nehmen.

**Matia Dilla,**  
die in Berlin einen Nervenzusammenbruch gehabt hat, leidet an einer schweren Lungenerkrankung und hat 40 Grad Fieber. Da der Körper der bekannten Schauspielerin durch den langjährigen Gebrauch von Morphium und eine in der letzten Zeit vorgenommene Entziehungskur sehr geschwächt ist, wird ihr Zustand als nicht unbedenklich bezeichnet.

**Das Kino der Bierstauend.**  
Das große Ausstellungstheater der Berliner „Ripps“-Ausstellung, das „Kino der Bierstauend“, wird schon von rein technischen Standpunkt aus eine Sensation auf dem Gebiete des Kinos und der Filmvorführung werden. Es bringt die größte Projektion, die jemals in Europa dagewesen ist: die Projektionsentfernung von der Vorführungsmaschine bis zur Leinwand beträgt 61 Meter, die Bildgröße 7,5x10, also 75 Quadratmeter. Dem entsprechend sind auch die 7 Projektionsmaschinen und die Diaprojektionsoptik eingerichtet. — Ein besonders großes Interesse an dem Programm dürften die Filmgänger aus neuen noch unvollendeten Filmen sein, die am Nachmittag 2, 5 bis 6 Uhr im Aufnahme-Kinostudio vor Zuschauern gezeigt und regelmäßig am darauffolgenden Abend im Ausstellungskino bereits vorgeführt werden.

**Einig der Deutsche „Jahreskassen-Deutscher Arbeit.“**  
Der „Jahreskassen-Deutscher Arbeit“ ist eingetragt am 30. September, festgesetzt worden.

## Die Kirche als Kunsttempel.

Die kulturgeschichtlich wertvolle alte Kirche auf dem Kornmarkt in München in Thüringen, die seit längerer Zeit dem Verfall entgegengeht, soll jetzt nach einem Entwurf von Professor Schulze-Naumburg zu einem Konzert- und Theateraal umgebaut werden.

## Der Glaubenswechsel.

Klempner, der geniale Dirigent, war in Köln katholisch geworden, was in den Kreisen seiner jüdischen Freunde Aufsehen erregt hatte. Befragt, was ihn zum Glaubenswechsel veranlaßt habe, erklärte er dem nicht gerade sehr erbauten Frager: „Wissen Sie, es gibt eine ganze Anzahl jüdischer Klempner, aber keinen katholischen Klempner.“

## Leo Falls Schwanengesang.

Im Nachlaß des kürzlich verstorbenen Komponisten Leo Fall befindet sich noch eine vollendete Operette, die den Titel „Liebt du mich?“ führt. Das Werk soll demnächst in Wien seine Aufführung im „Theater an der Wien“ erleben.

## Dorfbrand in Galizien.

In dem galizischen Dorke Koltins-Schleschitz brannten 200 Gebäude nieder. Etwa 60 Familien sind obdachlos.

## Schlechte Kultur von heute.

Eine Krawattenbande ist durch Gendarmerteie auf dem Olymp vernichtet worden. Die Krawatte, auf die eine Zeichnung von einer Million Drachmen ausgeprägt war, wurden abgegriffen und in Ekaterina öffentlich zur Schau gestellt.

## Der wohlhabende Wilhelm.

Die griechische Regierung wird am 26. September die Villa des ehemaligen deutschen Kaisers auf Korfu versteigern. Es verlautet, daß Wilhelm sie selbst zurückkaufen will.

## Aus einer untergegangenen Welt.

Im nordafrikanischen Wattenmeer, im Gebiet der galligen, sind in diesen Tagen laut „Frankfurter Zeitung“ neue Funde gemacht worden. Vor 600 Jahren verbrach bei einer jährlichen Sturmflut das an der Südküste Karthagos, in der Gegend der jetzigen Halbinsel Sidon, gelegene Lagerhaus Karthago, eine

alte, prächtige Handelsstadt, ins Meer. Vor zwei Jahren fand Studienrat Dr. Peters aus Hufum gelegentlich einer Wattenwanderung gut erhaltene, wundervolle Gefäße aus der Glanzzeit Karthagos, die dem Hufumer Museum überwiesen wurden. Jetzt sind in der Nähe Sidons weitere Zeugnisse der untergegangenen Stadt aufgefunden worden. Zunächst ein Menschenschädel mit gut erhaltenen Zähnen. Der Schädel ist riefenlos und hat nach sachverständigem Gutachten 600 Jahre im Meere gelegen. Dann wurden Scherben von Töpfen und anderen Gebrauchsgesäßen gefunden, ähnlich den früher bei Sturmfluten aufgewühlten Funden. Ferner ist man im Vorland von Dagebüll an der Schleswig-Holsteinischen Küste auf Reste des gleichfalls bei einer Sturmflut im 13. Jahrhundert untergegangenen Kirchspiels Drewalds gestoßen. Dieses Kirchspiel lag bei der jetzigen Dagebüller Kirche. Man fand Gemäuerreste und Holzpfeile. Bekannt ist, daß das heutige nordafrikanische Meer ehemals Festlandmarsch war, auf welchem ungeheure Wäldungen standen. Neudings ist man nun beim Abtischen des Damms nach Hattig Mand, westlich von Jöhr, wieder auf diese Landschaft von Jahren alten Kulturruinen geraten. Die Wälder liegen zum großen Teil noch unter dem Meeresspiegel. Die Dammarbeiter förderten schwarze Holzstämme zutage, zum Teil noch von gewisser Festigkeit, zum Teil verrotzt. Auch die Funde von Meererde auf der ganzen Strecke lassen mit Sicherheit auf die Existenz eines Waldes, der dort hand, schlüpfen. Weidens sind es Laubbäler, wie Eichen, Kappeln, Birken und Weiden, die das ganze ungeheure Gebiet von der Insel Rügen bis zum Meeresspiegel bedecken und wofolst man früher auch Wäffen und Rumpfen der Urinwohner, Menschen- und Tierknochen usw. gefunden hat.

## Landes im Frieseler.

In der vergangenen Woche hat sich auf dem Dondonei, nördlich von Czardoon, wie der „Manchester Guardian“ meldet, ein eigenartiger Unfall ereignet. Das Pariser Verkehrsministerium war gerade aufgeflogen, als ein Taubenschlag in die Höhe schlug und zwar direkt in den Propeller hinein. Gewöhnlich werden Vogel Flugmaschinen. Um so erstaunter war der Pilot, daß die Tauben auf die Maschine zugehen und zwar sehr rasch. Er beschloß durch den furchigen Beschuss, lassen. Aber mit dem Taubenschlag hinter dem Propeller, der Taubenschlag wurde durch den Propeller zerstört. Der Taubenschlag wurde durch den Propeller zerstört. Der Taubenschlag wurde durch den Propeller zerstört.

# Lebensmittel-Großhandlung Max Schönfelder

Breslau 1, Albrechtstraße 56.

Der Preisentung 4283

## Preisentung

Rechnung tragend, offeriere ich u. a. als ganz besonders billig:

Brotreis	per Pfd.	0.22
H. Latereis	" "	0.28
Palma-Weis	" "	0.34
Besten Carolina-Weis	" "	0.44
Bitterreis-Sorten, gut lockend	" "	0.29
bis geschält	" "	0.36
H. Graupen	per Pfd.	0.24, 0.28, 0.30
Wiener Grieß	per Pfd.	0.28
Pasteten	" "	0.25

## Teigwaren

Schnittmehl	per Pfd.	0.30
Eier-Schnittmehl	" "	0.65
Eier-Fladenmehl	" "	0.65
Eier-Fladenmehl	" "	0.65
Eier-Maffaroni	" "	0.80

## Fett-

### Fleisch- und Wurstwaren

Bestes amerik. Schweinefleisch	per Pfd.	1.00
Deftigste Rinderfleisch	" "	1.25
Kochfleisch in 500 g Tafeln	" "	0.68
Margarine in Würfeln, nur frische Ware	per Pfd.	0.50, 0.68, 0.75, 0.95

## Corned beef

500 g ausgegogen	0.75
6 Pfd.-Doze (engl. Gemisch)	3.90

## Solsteiner Dauerwurst

in ausgezeichneter Qualität immer noch zu dem sehr billigen Preise von nur 1.80 Mk. per Pfund

dementsprechend alle anderen vorzüglichen feinen Fleisch- und Wurstwaren zu den billigsten Tagespreisen.

## Sibirische Meierei-Butter

von laufend frisch eintraffender Sendung per Pfund 2.10 Mk.

## Schles. Molkerei-Butter

per Pfd. 2.30 Mk.

## Schweizer-Käse

ausgeleitet u. raffiniert	per Pfd.	1.50
Emmentaler Käse, vollreif, mild	" "	1.20
Zürcher Käse	" "	1.60
Helvetischer Schmelzkäse	" "	1.30
Emmentaler Schmelzkäse	ungeteilt per Schachtel	1.25
Emmentaler Schmelzkäse	6-teilig, per Schachtel	1.30

## Fisch-Konserven

frische Konservierung	
Weatheringe, ausgezeichnete Qualität,	per Doze 0.90
Drückeringe, ausgezeichnete Qualität,	per Doppeldoze 1.70
Gelee-Feringe, Delikatessen	per Doze 1.20

## Del-Sardinen

Fisch und Del von allerh. Qual. v. Doze Mk. 0.28, 0.50, 0.60, 0.80, 1.-, 1.25, 1.70.

## Thierads Kern-Seife

in 400 gr.-Stücken habe ich wieder in der bekannten Qualität herabgekommen u. die für den Preis bestehen. 1 Etage nur Mk. 0.38, 10 Etage 3.70.

## Die von mir wieder neu eingeführte

### Gustav-Freitag-Schokolade

1	10	20	40	100 Stk.
Mk. 0.30	2.00	3.70	11.00	25.00

findet ungetrennten Beifall.

## Kaffee-Raffee

unverdorben in Qualität und Preiswürdigkeit	
Edel-Mischung	per Pfd. 4.-
Reichlicher Mischung	" "
Als Café Pupp, Kaffeebohnen	1.50
Wiener Mischung	1.30
Schwedische Spezial-Mischung	2.50
Schwedische gewaschene Kaffeebohnen	per Pfd. 1.20

Vertrieb & Versand nur Albrechtstr. 56

Druckerei Volkswacht  
Breslau 2, Gluckstraße 4/6

## 100 Puppen

5.75 das Stück

Wittchow's  
Spezial-Blau und Schwarz-Gewand  
Königsplatz 62.

# Billige Mäntel u. Kleider!



- Wintermäntel für junge Damen, a. flausch. Stoff, in dunkl. Farb. Krag m. im Pelzbes. St. 10.50
- Flauschmäntel für junge Damen, in mittelfarb. feinst. Karos, flott verarbeitet. Stück 14.50
- Flauschmäntel für junge Damen, mit großem imit. Pelzkragen u. imit. Pelzbesatz, St. 19.50
- Flauschmäntel für junge Damen, aus guten Flauschen, in verschied. modernen Verarbeitungen. Stück 29.50, 24.50
- Damen-Wintermäntel a. gut. warm. Winterstoff, m. Gurte, Knopfger. St. 13.50
- Damen-Flauschmäntel aus mittelfarb. Karos, flotte Verarbeitung, St. 16.50
- Damen-Flauschmäntel aus gut. Flauschstoffen, m. groß. Pelzkragen, St. 24.50
- Eleg. Damen-Wintermäntel aus mod. Stoffen, wie Flausch, Meliné, Affenhaar, Tuch etc. in neuen aparten Verarbeitungen. Stück 68.00, 58.00, 48.00, 39.00 28.50

Gelegenheitsposten  
**Backfisch-Herbstmäntel**  
auch für junge Dame, aus prima feinfarbigen Stoffen, eleg. verarbeitet, Stück 12.50 9.50

- Frauen-Hauskleider Bw. Mousseline, sehr hübsche Muster, starke Damen passend, mit Vollegentierung, auch für 4.95
- Schiffenkleid in vielen, neuen Farbensetzungen, mit weißem Kragen und Krawatte, sowie Lackgürtel, jugendliche Form. Stück 6.95
- Schiffenkleid mit langem Arm, schöne, neue Karos, mit weißem Kragen, Taschenverzierung sowie Krawatte und Lackgürtel. Stück 8.75
- Fisches Kleid aus reißwilligem Cheviot mit widerstandsfähigem Kragen und reicher seitlicher Faltenverzierung. Stück 10.75
- Seidenkleid aus karierter Waschseide, flotte Verarbeitung. Stück 13.50
- Eleg. Popelinekleid aus reißwill. Popeline, in modernen Farben, m. widerstandsfähigen Kragen und Gürtelverzierung, sowie Lackgürtel. Stück 14.50
- Modisches Popelinekleid reine Wolle, in vielen Moden, sehr apart. Stück 19.50
- Aperte Seidenkleider aus gutem K. Seidenstoff, in vielen Farben und hübschen Verarbeitungen. Stück 12.50 9.75
- Uebergangsbusen Sportform, offen, geschlos. zu tragen, m. Faltenverz. Stück 3.50
- Uebergangsbusen aus la. Velour, Oberhemdforn, offen und geschlossen zu tragen, mit Faltenverz. Stück 3.95
- Kasak aus la. Velour, mit langem Arm, elegante, moderne Muster, nett verarbeitet. Stück 5.95
- Velourkleidchen aus bestem Velour, mit reicher Posse, in Blau- u. Knopfgarnitur, für 1-3 Jahre. Stück 1.95, 1.75 1.55
- Kittelkleidchen aus gewaschenen Uebergangsstoffen, für 1-3 Jahre, m. Blau- und Knopfgarnitur. Stück 1.95, 1.90 1.65

Neuer Samtkleider Kopf und Rand in schwarz, braun, beige, rot, Stück 5.75  
Samtkleider größte Form, mit Zier-Falten, in vielen Farben. Stück 7.50  
Zylinder-Plüschkleid aufgebogene Form, grau, schwarz und braun, Stück 7.50  
Mantelkleid breite Form, in gut. Filz, mit breitem Kragen, in verschiedenen Farben, alle modernen 7.90



# Berufskleidung

Eigenes Fabrikat  
Gediegene Stoffe Saubere Näharbeit



- Fleischer-Jackett 10.75
- Konditor-Jacke 10.00
- Fleischerschürze 1.85
- Kochjacke 10.00
- Kochhose 7.25
- Kellnerjacke 6.50
- Dienerjoppe 7.50
- Malerkittel 6.25
- Schiffsetzerkittel 6.25
- Aerzte-Mantel 9.00
- Schutz-Mantel 7.00
- Monteur-Anzug 8.50
- Frisörjackett 8.25
- Frisör-Mantel 12.00

## Lehrlings-Berufskleidung

in allen Größen

Leinenhaus

# Bielschowsky

Nikolaistr. 74/76 Breslau Ecke Herrenstr.

## Sofort Geld!

Pfandleih-Institut

Albrechtstraße 43, I.

## Lachen links!

## Das Witzblatt der Republik

Holt 20 Pfennige.

## Reichweise elegante

## Frad- u. Hoff-Anzüge

H. Mohaupt

Karlstraße 1, L. Tel. 91.1301

über Albrechtstraße.

## Fahrräder

auf Teilzahlung 7743

gibt ab Fahrradhandlung

Schwendfeldstraße 7

an der Knalbertstraße.



Brautleute wollt Ihr glücklich sein, kauft Trauringe nur bei Alter ein.

## Fugenlose goldene Trauringe

Platten dieser Ringe ausgeschlossen.

Konkurrenzlos Billige Preise.

Gravierung gratis. 4161

Paul Alter, Kupferschmelde-

straße 17. -

Nähe Schmiedebrücke, neben Hul-Schöfeld.

## Ofener Straße 25

Haben - Sie - schon

meine Zigarren

H. S. 10 u. Vieliebchen

geruchlos?

Reichhaltige Auswahl in Zigaretten 777

Zigarren - Tabak - Zigaretten.

Martin Neustedel.

## David: Referentenföhner.

Eine Anleitung für sozialistische Redner.

Preis nur 50 Pl., auswärts 10 Pl. Porto.

Volkswacht-Buchhandlung (Modernes Antiquariat)

Breslau III, Neue Graupenstr. 5.

## Hören! Sehen! Staunen!

muß man über die billigen Preise

im Bekleidungshaus bei

# Eugen Hamburger

Teichstraße 31, an der Unterführung.

Herren-Anzüge von 25.00 an

Schweden-Mäntel von 38.00 an

Breeches-Hosen von 5.50 an

Rammgarn-Hosen von 6.50 an

Windjacken \* Gummimäntel

Berufskleidung für jeden Beruf

Großes Stofflager für Herren u. Damen

Spezialität: Maßanfertigung.

## Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:  
**Gewerkschaftsbau, Zimmer 36**  
 Telefon: Obte 5652.

Freitag, den 2. Oktober, abends 8 Uhr, findet im großen Saal des Gewerkschaftshauses eine **außerordentliche Generalversammlung**

**Tagesordnung:**

1. Bericht vom Parteitag in Heilberga.
2. Quartalsbericht.
3. Wahl eines Mitgliedes der Pressekommision.

Zahlreiches Erscheinen in dieser wichtigen Versammlung ist unbedingt erforderlich. Ohne Parteibuch oder Karte kein Zutritt.

**Abendklausur Streikerei** So. Sonnabend, den 26. September, abends 8 Uhr, findet bei Simon, Subenstraße 11, eine wichtige Parteiverammlung statt. Erscheinen sämtlicher Funktionäre unbedingt Pflicht.

**Offiziell 4. Um Sonntag, den 27. September, abends 6 Uhr, bei Kowitz, Luisenstraße 13, ein Unterhaltungsabend für sämtliche Genossinnen und Genossen statt.**

**S. D. Kolonne 7, Oberstr. Montag, den 28. September, abends 8 Uhr, bei Baude, Wehlstraße 43, Monatsversammlung.** Wichtige Tagesordnung erforderlich. Vollständiges Erscheinen. Steiner spricht über: „Der S. D. und die kommenden Aufgaben“.

**Breslauer Parteiparteitagdelegation.** Heute abend 8 Uhr: 3. Sitzung im Gewerkschaftsbau, Zimmer 5.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, 25. September.

### Kirchenliebe der Agrarier.

Die Agrarier behaupten von sich, die bravsten und zuverlässigsten Anhänger und Stützen der Kirche zu sein. Keine Mittel werden von ihnen angeblich gespart, um die Lebens- und Vermögensmöglichkeiten der Kirchengemeinde sicherzustellen. Wie in Wirklichkeit mit der so vielgerühmten Kirchenliebe der Agrarier Kreise bestellt ist, weist jetzt die „Leipziger Volkszeitung“ in einem sehr interessanten, in Nr. 206 abgedruckten Aufsatz nach.

Nach dem Aufsatz sind im vorigen Jahre die meisten Beiträge auf Grund von Ermäßigung oder völliger Erlass der Kirchensteuer aus dem eigenen der Agrarier gekommen. In den meisten Fällen gelang auch die Durchführung der Beiträge, weil über sie Kirchenvorstände zu beschließen hatten, deren Zusammensetzung ja gewöhnlich eine den Bauern und Agrariern genehme ist. In diesem Jahre erweist sich die Einbringung der erbetenen Beiträge nicht mehr notwendig, weil inzwischen ein neues, den agrarischen Kreisen sehr genehmes System ausgearbeitet ist. Die Sache ist jetzt so beschaffen: Die Kirchensteuer beträgt durchschnittlich 15 Prozent der Einkommensteuer. Die Kirche braucht das Geld sofort und möglichst im ganzen. Also in zwei Terminen und der erste davon gleich gezahlt werden, aber die Jahreseinkommensteuer noch gar nicht feststeht, die Kirche auch nicht warten kann, werden für die Lohn- und Gehaltsempfänger verschiedene Pauschalbeträge festgelegt. Die Selbstveranlagten aber, also die Bauern und Gewerbetreibenden, zahlen ihre Kirchensteuer nach der selbst abgeschätzten Vorauszahlung auf die Einkommensteuer. Die Herren Agrarier dürfen sich befürchten, dass die Wertesätze erneut wieder veranlassen. Als Maßstab für die Kirchensteuer ist nun ausgerechnet das erste Vierteljahr vom Januar bis 31. März bestimmt worden. Das ist der Zeitpunkt, wo die Bauern, die ja nach ihren Selbstschätzungen nicht viel (?) verdienen, das geringste Einkommen haben. Ist nun nicht etwa so, dass bei den späteren (höfentlich reicheren) Vierteljahresberechnungen ein Ausgleich in Form von Abschreibungen erfolgt? — Nein. Das kann man doch bei den Bauern nicht zuzumuten! Diese erste, wohlgeleitete und eingeschätzte Vorauszahlung des knappsten Vierteljahres ist als unänderliche Grundlage auch für die Berechnung des zweiten Kirchensteuertermins, der somit für das ganze Jahr. Und damit hat sich die Leistung der Agrarier für die Kirche erledigt.

Wie sich dieser schon ausgeklügelte Plan in der Wirklichkeit ausnimmt, zeigen die folgenden Beispiele:

Da haben sich zum Beispiel Bauern mit zwei Pferden, zehn Schafen und entsprechendem Grund- und Hausbesitz mit — sage ich — 15 Mk. zur Einkommensteuer veranlagt. Dafür sind ihnen für das Jahr 9,50 Mk. Kirchensteuer für das ganze Jahr. Es sind Fälle bekanntgeworden, wo Gutsbesitzer mit vier Pferden und noch größerem Besitzstand sogar nur 4,50 Mk. Kirchensteuer, also gerade 30 Pf. mehr als ihre Dienstmagd. Noch schlimmer liegen die Verhältnisse bei den Gewerbetreibenden auf dem Lande. Da zahlt der Meister, der dickhäutiger Hausbesitzer und Inhaber eines kleinen Gewerbebetriebes ist, den dritten Teil der Kirchensteuer wie etwa ein 19-jähriger Gehilfe, nämlich nur 20 Pf. für das Jahr 1925.

Gegenüber diesen geradezu beschämenden Leistungen verdienen man die Kirchensteuerzahlungen der Lohn- und Gehaltsempfänger. Sie betragen nach den Angaben der „Leipziger Volkszeitung“ auf das Jahr umgerechnet zum Beispiel:

1. Für Arbeiterinnen usw. 34 Mk. Einkommensteuer gleich 10,20 Mk. Kirchensteuer;
2. Für Holzarbeiter usw. 50 Mk. Einkommensteuer gleich 7,50 Mk. Kirchensteuer;
3. Für Bauarbeiter usw. 65 Mk. Einkommensteuer gleich 12,70 Mk. Kirchensteuer;
4. Schlosser, Schiffsbauer, Polierer, Formner usw. 130 Mk. Einkommensteuer gleich 19,50 Mk. Kirchensteuer;
5. Für Beamte in Gruppe VII 170 Mk. Einkommensteuer gleich 25,50 Mk. Kirchensteuer; usw. usw.

Nach dieser Nachrechnung steht also fest, dass heute jeder Bauer, Schlosser, Schiffsbauer, Polierer und wer es sonst noch sein mag, mehr an Kirchensteuer zahlen muss als jener Bauer oder Großgrundbesitzer, der ein großes Besitztum und stattdessen Viehbesitz hat. Ein solches Ständchen ist daneben noch die Tatsache, dass den armen Bauern, die mit ihren Steuern einmal im Klustande bleiben, noch der Geistliche ins Haus geschickt wird, der sich zu beschweren hat, seinen Einfluss im Interesse einer baldigen Steuererhöhung geltend zu machen. Manche Geistliche werden mit sich lassen, es gibt aber auch solche, und das ist kürzlich in einem Dorfe bei Leipzig geschehen, die brutal vorgehen und den Bauernwerten den Gerichtsvollzieher in die Stube schicken.

Das alles steht ja recht nach echter Gerechtigkeit und Kirchenliebe aus. Wird das werktätige Volk nicht endlich beschreiben, dass es aufmerksamer und selbstbewusster werden muss?

### Die Volksfürsorge!

Die Volksfürsorge hat in letzter Zeit eine recht gute Entwicklung genommen. Die Zahl der auf Rentenrecht ausgehenden Versicherungsbeiträge sind 200.000, das sind gegen Ende dieses Jahres die Zahl der laufenden Versiche-

## Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

„Ein gelegnetes Jahr.“

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung brachte nun endlich Aufschluss über das Endergebnis des Rechnungsjahres 1924/25. Der Berichterstatter, Stadtverordneter Thum (Dnl.) führte aus, daß der vom Rämmerer noch verzeichnete Fehlbetrag von 84.390,21 Mark nur ein scheinbarer sei, da die Betriebswerke einen Mehrüberschuß von fast zwei Millionen ergeben haben. Er beantragte Ausschussberatung. Genosse Darf wies darauf hin, daß der Rämmerer das ganze Jahr hindurch ein großes Defizit angeklagt hat, sobald für Kulturzwecke ein paar Mark verlangt wurden. Er wird Mühe gehabt haben, alle Ueberhörsche so zu verdecken, daß er noch von einem Defizit von 84.000 Mark berichten kann. Wenn er jetzt an die Stadtverordneten an die Steuerbehörde zu berichten gehabt hätte, würde er sich eine Untersuchung wegen Bilanzfälschung zugezogen haben. (Große Heiterkeit.) Bei der Verakaltung der Geschäftsunkosten sind 120.000 Mark Ausgabenreste vorhanden. Die Gaswerke haben 184.000, die Elektrizitätswerke 1.087.000, die Wasserwerke 122.000, die Kohlenbetriebe 116.000 Mark Mehrüberschüsse gebracht, als bisher angenommen war. Die Mehrüberschüsse von der Straßenbahn sind noch nicht bekannt, man spricht aber bereits von zwei Millionen. Demnach hat das Jahr etwa

nier Millionen Ueberhörsche gebracht. Es war also für die Stadt ein gelegnetes Jahr und das macht sich auch wohltuend bemerkbar. Der Wohnungsbau ist stärker in Gang gekommen, die Straßenpflasterung macht Fortschritte, die Promenaden sind zum Teil wieder schön in Ordnung gebracht, die Straßenbeleuchtung ist verbessert worden, leider aber noch nicht in den Außenbezirken, wir waren also auf dem Wege, die Kriegsschäden zu überwinden. Leider sind wir es heute nicht mehr.

### Ein halbes Jahr Netzerpolitik

hat alles ins Gegenteil verkehrt und mit Grauen kann man nur an den Abschluß von diesem Jahre denken. Die Zölle drücken uns zu Boden. Die unerträgliche Teuerung zwingt uns viele Millionen Mehrausgaben für Löhne, Gehälter und Unterhaltungen auf. Die Steuererleichterungen für die hohen Einkommen vermindern auch die Einnahmen der Städte. Die sonstigen Steuern werden bei der elenden Geschäftslage auch weniger einbringen. Die Breslauer Messe zeigte bereits die ganze Wirtschaftskatastrophe. Schon hört man, daß die Stadt infolge Geldmangels neue Bauarbeiten nicht in Angriff nehmen kann. Das weist auf verklärte Arbeitslosigkeit und verklärtes Elend. Der Zollwucher hat uns in eine Lage gebracht, die der während der Ruhrinflation bereits wieder sehr ähnlich sieht. Dagegen müssen sich die Städte wehren. Der Redner beantragt deshalb, der Magistrat soll sich mit dem Statetage dahin in Verbindung setzen, daß dieser von der Reichsregierung die sofortige Auserlassung der Zölle fordert. Als hierbei große Unruhe einsetzte, wies der Redner die Deputationalen darauf hin, daß sie als Vertreter der Breslauer Bürgerschaft im Stadiparlament sitzen, und nicht als Vertreter der gelegneten Branche, aus der wir in Breslau gelegentlich Exemplare im grünen Sütchen mit Gernsbart zu sehen bekommen. Nicht ein einziger Breslauer Bürger hat ein Interesse an den heutigen Wucherpreisen.

Der Zentrumsmann Przybilla fühlte sofort seine Solidarität mit den Deputationalen und sagte, Genosse Darf habe die Gelegenheit benutzt, um eine billige Agitationsrede zu halten, und Herr Thum sagte im Schlußwort, Getreide und Kartoffeln seien heute nicht teurer als 1913. Daß damals auch Zollwucher bestand, der nur bei den sonst besseren Friedensverhältnissen etwas leichter zu tragen war, das sagte er nicht. Er sagte auch nicht, daß Fleisch und Milch heute viel teurer sind, als 1913 und ebenso wenig etwas davon, wie sich die Preise zu den Einkommensverhältnissen der Bevölkerung verhalten.

Die Vorlage ging mit dem Antrage Darf an den Staatsauschuß.

Die Anschaffung elektrischer Additionsmaschinen für die Friedhofsinstitutionen in Oswitz, Cosel und Gräbchen wurde mit allen bürgerlichen gegen die sozialdemokratischen Stimmen „aus Sparmaßregelngründen“ abgelehnt, als ob nicht Maschinenarbeit die parlamentarische ist und zugleich die ehrlichste Rechnungsführung verbürgt.

Bei der Beratung über Verwendung der Ueberhörsche der städtischen Betriebe werden verschiedene Wünsche laut. Unter anderem bringt Genosse Darf die Wünsche auf Ausbau der Steinstraße und ganz allgemein auf stärkere Verfüllung der eingemündeten Orte vor. Nur durch Erfüllung solcher berechtigter Wünsche könne die Stadt Breslau den Eingemeindungsgeboten bei den kleineren Nachbargemeinden populärer machen.

Genosse Weigt unterbreitete diese Ausführungen und bemerkte dem Rämmerer gegenüber, der wieder finanzielle Bedenken äußert, daß man sich mit solchen Bedenken bei dringend not-

rungen auf annähernd 500.000 angewachsen, ein Zeichen dafür, daß die Volksfürsorge sich in den breiten Massen der Bevölkerung des größten Vertrauens erfreut. Und das mit Recht, denn die Volksfürsorge hat gehalten, was sie versprochen. Alle anderen Versicherungsgesellschaften stellen ihre Leistungen an die Versicherten während der Inflationsperiode ein, während die Volksfürsorge den Versicherungsbeitrag darüber hinaus gewährleistet. Seit November 1923 sind mehr als eine Million Goldmark für Sterbefälle ausgezahlt. Ueber sieben Millionen Goldmark wurden von dem Zeitpunkt ab als Hypotheken an Bau-, Siedlungs- und Konsumgenossenschaften, für Gewerkschaftshäuser usw. gegeben.

Die Volksfürsorge gewährt die volle Versicherungssumme ohne Wartzeit beim Ableben infolge Unfalls und Infektionskrankheiten; sie leistet die Versicherung zum Selbstkostenpreise. Nicht aller Arbeitnehmer ist es, dafür zu sorgen, daß sie überall Eingang findet; in keinem Hause darf die Police der Volksfürsorge fehlen. Wer sich versichern oder mitarbeiten will, wende sich an die Rechnungsstelle in Breslau, Margaretenstr. 17, oder an den Vorstand der Volksfürsorge, Hamburg 5, Nr. der Acker 58/59. Auch wird weitere Auskunft erteilt durch die Versicherungsstelle der Volksfürsorge, die Büros der Gewerkschaften, im Arbeitersekretariat und in sämtlichen Büros des Konsumvereins vorwärts.

wendigen Arbeiten nicht begnügen könne. Eine Stadt wie Breslau muß Mittel und Wege finden, ihren Aufgaben gerecht zu werden.

Die Vorlage wird dem Ausschuß überwiesen. Ohne ihm, ohne größere Debatten wurden bewilligt 1000 Mk. dem Verein Mitterheim; 5000 Mark dem Deutschen Frauenbund für altholofreie Kultur, 2700 Mark für Verlegung der Einfahrt des Allerheiligenhospitals, 1000 Mark dem Verbande der Honorare Breslaus, 38.500 Mark für Herstellung eines 70 Meter langen überdeckten Ganges am Krematorium, 28.000 Mark für Aufkäufer des Schlachthofes. Zugestimmt wird ferner einer Reihe von Vorlagen auf Grundstücksenteignung bzw. An- und Verkauf von Grundstücken und Feststellung von Fluchtlinienplänen.

Die Stadtgemeinde tritt dem Elbe-Öder-Berein mit 500 Mark jährlichem Mitgliedsbeitrag bei. Die Feststellung der Verteilungs-Rechte der Stadtverordnetenversammlung in dem Verein wird im Ausschuß erfolgen.

Vorschläge des Magistrats über Erleichterungen auf dem Gebiet der städtischen Wertzuwachssteuer werden mit den Stimmen der Linken den Ausschüssen überwiesen. Die Hundesteuer bleibt in der jetzigen Höhe in Kraft; auch ein Antrag, sie bereits vom 1. Januar 1926 ab auf 60 Pf. jährlich zu ermäßigen, findet Ablehnung.

Zum Schließlichen Stadipietag am 3. Oktober werden die Stadtverordneten Behringer, Frey, Dr. Goehlich, Ditt, Przybilla, Sauermann und Stope delegiert. Stadtv. Heilberg bemängelt, daß die Auswahl der Delegation nach der Fraktionsstärke erfolgt sei.

Genosse Ditt erwidert darauf, daß beratende Tagungen ja nicht nur informatischen Charakter trügen, sondern auf ihnen gewöhnlich auch Entscheidungen getroffen, Resolutionen gefaßt, usw., würden. Immer haben sich bisher in solchen Fällen auf Stadipietagen die bürgerlichen Delegierten gleich steter Fraktionen gegenüber sozialistischen oder kommunistischen Anträgen genommen. Wir können daher keineswegs auf unsere Rechte aus unserer Fraktionsstärke verzichten.

Die dringliche Anfrage des Stadtverordneten Dr. Goehlich, warum die Stelle des Stadipietages in Breslau noch immer unbesetzt sei, wird vom Oberbürgermeister dahin beantwortet, daß der Magistrat die Einrichtung eines Gesundheitsamtes in den Volksschulen Die Angelegenheit wird zwei Ausschüssen überwiesen.

Endlich entseft die dringliche Anfrage unserer Fraktion, warum der Magistrat die Einführung des zum 1. Oktober geplanten Haushaltsunterrichts in den Volksschulen erneut verschleht, eine längere Debatte.

Genosse Piesch stellt zur Begründung der Anfrage noch einmal den Sachverhalt und die Rechtslage fest. Im Haushaltsplan für dieses Jahr sind 25.000 Mark für Zwecke des Haushaltsunterrichts ab 1. Oktober ausgeworfen. Diesem Plan haben Stadtverordnetenversammlung und Magistrat zugestimmt. Änderungen sind also nur im Einvernehmen beider Körperschaften möglich. Nun hat aber der Magistrat, ohne die Stadtverordnetenversammlung zu befragen oder ihr Mitteilung zu lassen, an die Schulleitungen mitgeteilt, daß der Unterricht nicht zum beschlossenen Zeitpunkt beginnen werde. Die Gründe des Magistrats sind technischer, pädagogischer und finanzieller Natur. Der Magistrat glaubt, daß ein halbjähriger Unterricht seinen rechten Erfolg habe und daß keine Einrichtung mitten im Schuljahr zu Schwierigkeiten führt. Diese Erkenntnis kann doch aber dem Magistrat nicht erst jetzt gekommen sein. Diese Bedenken hätten schon bei Beratung des Etats geäußert werden müssen. Den finanziellen Gründen vollends könne man nicht beipflichten. Die 25.000 Mark sind dafür verwandt worden, die Nachforderungen des Schuletats in Höhe von 90.000 Mark für Verteilungen sind teilweise zu beden. In einem solchen Ausmaß von Etats-Titeln wird der Magistrat nicht berechtigt. Im Interesse der Volksschulen muß die Durchführung des gemeinsam gefaßten Beschlusses gefordert werden.

Der Stadipietag bestätigt im allgemeinen die Darstellung des Genossen Piesch. Nur legte er die Bedenken, die sich aus dem Beginn des Unterrichts mitten im Schuljahr ergeben, größeres Gewicht bei. Auch habe er sich vor Ausgabe des Rundschreibens an die Schulen mit Vertretern der Stadtverordnetenversammlung in Verbindung gesetzt und mit Ausnahme des sozialdemokratischen Vertreters Zustimmung zu der geplanten Verschiebung erteilt. Eine offizielle Mitteilung an die Stadtverordnetenversammlung soll in der nächsten Sitzung erfolgen.

Genosse Bandmann behandelt sehr eindringlich und wirksam die prinzipielle Seite der Angelegenheit. Er stellt in dem Vorgehen des Magistrats eine Brüstierung der Stadtverordnetenversammlung, die sich die Versammlung nicht gefallen lassen kann. Vor allem bemängelt er auch, daß noch keine Mitteilung der Beschlüsse des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung erfolgt sei, obwohl dies bereits die zweite Sitzung nach den Ferien ist. Die geplante Mitteilung in der nächsten Sitzung kommt nach dem 1. Oktober, stellt die Versammlung also vor vollendete Tatsachen.

Der Oberbürgermeister bittet, bei der Behandlung der Frage nicht allzu schweres Gewicht aufzuführen, da man sich doch in der Sache, das heißt, in der Erkenntnis von der Notwendigkeit des Haushaltsunterrichts, einig sei. In seiner Rede operiert er freilich bei aller Konzilianz ziemlich mit „vollendeten Tatsachen“, nur bedauert er auch das geringe Unterbleiben der Mitteilung an die Versammlung. Es habe jedoch dem Magistrat fern gelegen, an die Rechte der Stadtverordnetenversammlung einzugreifen.

Nachdem Hrl. Romak (Hr.) und Stadtv. Fleck (Dem.) Siderungen für die Einführung des Haushaltsunterrichts ab 1. April 1926 gefordert und Oberbürgermeister und Stadipietag sich ausdrücklich auf keine bestimmte Einführung zu diesem Zeitpunkt ab festgelegt hatten, wurde die Versammlung vertagt.

### Schlesische Provinzialynode.

Eröffnungstagung.

Die XVII. Provinzialynode oder die I. Synode neuer Ordnung trat am Donnerstag um 11 Uhr zu ihrer Eröffnungstagung im Tagungssaal des Landeshauses zusammen. Pastor prim. Kraußel, der Präsident der alten Provinzialynode, wies in der Begrüßung auf die großen Veränderungen hin, die seit dem 1. April dieses Jahres auf Grund der neuen Kirchenverfassung in kirchlicher, Verwaltung und Kirchenhofen vor sich gegangen sind. Er begrüßte als neu die beiden Generalsuperintendenten D. Dr. Schian und D. Jänker und den neuen Präsidenten des Konföderations, Bender. Er wies ferner auf die großen Aufgaben hin, die die tagende Provinzialynode auf Grund des reichhaltigen Antragsmaterials zu bewältigen haben wird und dies alles mit viel neuen Synodalen. Er dankte sodann dem Landeshauptmann für die erneute Bereitstellung des Landeshauses für die Tagungen der Synode und gedachte zum Schluß der in den letzten fünf Jahren beimgegangenen Synodalen, unter ihnen besonders des früheren Bundes der Provinzialynode, D. Gebelein. Die Konföderation erhebt das Gedächtnis der Verstorbenen durch Erheben von den Nischen und Gedächtnis der Synodalen: „Wenn ich einmal soll scheiden.“

Die Konföderationserhebung der beiden Generalsuperintendenten wurde in den Synoden, verändert vor sich und im



# Für die Frauen

## Goldne Wiegen schwingen.

Goldne Wiegen schwingen,  
Und die Mädchen singen,  
Blumen sind die Wiegen,  
Kindchen drinnen liegen,  
Auf und nieder geht der Wind,  
Seht sich warm und geht gelind.

Wieviel Kluder wiegen?  
Wieviel soll ich kriegen?  
Eins und zwei und dreie,  
Und ich weine wie ein Kind!  
Und ich jäh! ans! ans!  
Auf und nieder geht der Wind.

Achim von Arnim.

## Die Frau im neuen Strafrecht.

Meistat des Genossen Edwin Sanger, M. d. A.,  
der Heidelberger sozialdemokratischen Reichsfrauentorenz.  
Alles, was Sie in Moral und Sitte, in Wirtschaft und  
in dieser Zeit, in der es gärt, erleben, findet seinen Rück-  
gang im Recht. Zunächst will ich ein Wort über die Kriminalität  
heranziehen von statistischen Angaben machen, um  
den ungeheuren Bedeutung des Strafrechts und der Straf-  
pflege vor Augen zu führen. Was Recht und Unrecht ist oder  
solches gilt, ist je nach dem kulturellen Erleben eines Volkes  
unterschiedlich. Moral ist in gewissen Zeiten der Ent-  
stehung vor Jahrhunderten in allen Fällen strafbar. Die  
Rechtswissenschaften die Lösung d. einschweren Kinder, in gewissen  
zeiten die Lösung von Zwillingen, von altersschwachen Frauen  
u. Greisen. In Bayern gab es unter den alten Herzögen am  
Ende des 17. Jahrhunderts — es war die Hochzeit des geistlichen  
Rechts im Anfang der kapitalistischen Periode — nicht weniger  
als 100 Todesurteile gegen das Verbrechen des Betrugs. Wer  
als einen Diebstahl im Werte von 20 Gulden verübte, wurde  
dem Tode durch den Strang verurteilt. Wie heißt früher das  
entweder im Geheiß zu heute war, erziehen Sie daraus, daß  
die öffentlichen Nachrichten Heinrich VIII. von England während  
der Regierungszeit nicht weniger als 60 000 Verurteilungen  
erhielt. In 17. Jahrhundert wurde das unbedeutende Führen  
von Wein mit dem Tode, in leichten Fällen mit den schwersten  
Arten und Körperstrafen und Landesverweisung bestraft. In  
diesem Zusammenhang abschließen, indem ich zusammenfasse:  
die der Staat, so das Strafrecht. Im Staat, in dem die Theorie  
die galt, das heißt alles mit dem Begriff des regierenden  
Volkes durchgesetzt war, wie das Gesetz bei den Juden, war die  
Bestrafung das schwerste Verbrechen und die Grenzstein-  
setzung das leichteste. Als im Anfang des römischen Rechts  
Rom und im römischen Kolonialgebiet die Bevölkerung haupt-  
sächlich Landwirtschaft betrieb, war die Grenzsteinverletzung das  
schwerste Verbrechen. Im Handelsstaat wurde das Minderbreiten  
schwerster Straftatung bestraft. Im Mittelalter waren die  
Rechtswissenschaften die Autorität die schwersten, in der mittelalter-  
lichen Republik das Streben nach förmlicher Macht. Kurz, die  
Rechtswissenschaften der Staaten und der Individuen ist  
unabhängig, wo sie sich in ihren eigentümlichen Lebens-  
bedingungen unmittelbar bedroht fühlen.

Die Behauptung, daß das ungeheure Anwachsen der  
Kriminalität in Deutschland eine Folge der Revolution sei, ist  
der üblichsten Lügen. Im Jahresdurchschnitt 1911 bis 1915  
im Deutschen Reich 1 139 997 Urteile erhoben worden, in  
den Jahren 1915 bis 1920 waren es 1 268 012. Unter der Ein-  
wirkung der Inflation kam eine Steigerung, jedoch das Jahr 1923  
bisher größte Zahl von Urteilen in Deutschland gebracht hat,  
nämlich 1 742 780. In Deutschland beträgt die Zahl der Urteile  
18,6 Prozent, jedoch jeder Missetäter, Mann oder Frau, der  
den Richter kommt, mindestens schon einmal mit dem Straf-  
recht in Kontakt gekommen ist. Dieser prozentuale Anteil wird  
in Mann überholt bei Raub, Mord, Totschlag, Betrug,  
Diebstahl, Brandstiftung, Hehlerei und Unterschlagung.  
In hundert verurteilten Personen sind 80 Männer und 20 Frauen,  
sind Jugendliche im Alter von 12 bis 18 Jahren. Der Mann  
ist bei den Verbrechen der Unzucht und Nudigkeit 93 Prozent,  
im Raub 98,8 Prozent, bei der Fälschung 93 Prozent. Ferner  
der Mann häufiger beteiligt an Körperverletzung, Betrug und  
Unfriedensbruch, am geringsten bei den Verbrechen des Meineids  
und der Beleidigung, wo es also auf das Schimpfen an-  
kommt. (Heiterkeit.) Die Frau dagegen ist weit über die 30 Pro-  
zent, die ihr zukommen, beteiligt beim Meineid mit 34 Prozent,  
bei der katholische Frau einen ungleich höheren Prozentsatz stellt  
die protestantische und die jüdische. (Bewegung.) Bei der Be-  
gehung stellt die Frau 33,6 Prozent, hier sind viele Frauen  
beteiligt. (Heiterkeit.) Weniger beteiligt ist die Frau bei Sch-  
lagung, wo sie nur einen Prozentanteil von ungefähr 8 stellt,  
bei 12 Prozent weniger, als sie von Rechts wegen zerschlagen  
demolieren dürfte. (Heiterkeit.)

Das Strafrecht, das heute noch rechtens ist, das Strafrecht  
1871, gründet sich noch auf den Gedanken: der Staat straft  
dem Grunde der gerechten Vergeltung. In dem neuen Straf-  
gesetzbuch klingen schon die Gedanken durch: Ursache und Ver-  
antwortung der tötlichen Verbrechen, bis eben in Jahren  
ein anderes Strafrecht dem Grundgedanken zum Ausdruck  
kommt: Verhütung der Ursachen des Verbrechens. Der  
Kern des heutigen Strafrechts zeigt sich in der einschneidenden  
Tat, daß unmittelbar vor dem Kriege ein Justizdirektor  
2093 Justizausgangenen von zusammen 2297 mit Sicherheit  
Rückfall voraussetzte, daß er bei 128 zweifelsfrei war und nur  
76 an die Erziehung durch das Justizhaus glaubte. 92,3 Prozent  
Anfassen der zurückgeführten Justizhörer sind wieder rückfällig  
worden. In Preußen gab es im Jahre 1851 auf 1200 Menschen  
ein Richter, zwei Jahre später bereits auf 842 Menschen. Im  
jahren Jahre entfiel in Bayern auf jeden Richter, um den das  
Recht im Bereich liegt, auch ein Diebstahl mehr auf die Zahl  
100 000. Im Jahre 1909 betrug die Kriminalität 68 Prozent  
als 1882, die Zahl der verurteilten Jugendlichen ist von  
19 bis 1909 um 60 Prozent gestiegen. Als weiterer Faktor der  
Kriminalität ist neben der wirtschaftlichen Not der Alkohol zu  
nennen. Mehr als die Hälfte aller Körperverletzungen werden  
Sonntag begangen und zwar 60 Prozent derselben im Mittel-  
land. Unter den Verurteilten befinden sich in Deutschland 80 bis  
90 Prozent Gewohnheitssträfer. In Bayern sind von 100 Ver-  
urteilten etwa 15 Prozent Trinker. Die Zahl der alkoholischen  
Verbrechen, die in Bayern Verbrechen begehen, ist doppelt so  
groß, wie die der anderen Jugendlichen. Ein Münchener  
Richter hat allerdings festgestellt, daß von den jugendlichen  
Verurteilten 26 Prozent der Knaben zweimal täglich regelmäßig  
zu bekommen und 7,8 Prozent überhaupt Bier, bei den Mädchen  
sogar 77,8 Prozent regelmäßig im Elternhaus Alkohol.  
Der oberste Reichsgericht hat festgestellt, es nur 11,7 Prozent der  
Verurteilten im Alter von 14 bis 16 Jahren, die nicht regelmäßig  
zu trinken kommen.

Weniger als ein Prozent der Verurteilten, die Verbrechen aber  
nicht begehen. Der letzte Mann verurteilt wegen Verbrechen an  
Tieren.

als der verheiratete, bei der Frau ist es umgekehrt. Darin brühen  
sich die unglücklichen Tragödien dieser Ehe im Arbeiterstande aus,  
da die Ehe des kapitalistischen Staates für die arbeitende Frau  
durchaus nicht eine Quelle des Glückes und der Freude bedeutet.  
Die Männer, besonders die sozialistischen, sollten es so weit  
bringen, daß in einer proletarischen Familie die Frau nicht mehr  
vom Manne geschlagen wird. (Vedajtes Sehr richtig!) Wir sind  
noch lange nicht so weit. Einen klaren Beweis für die enge Ver-  
bindung zwischen Wirtschaft und Recht liefert die Witwe. Während  
die ledige Frau im Alter von 40 bis 60 Jahren beim einfachen  
Diebstahl nur eine Kriminalitätsziffer von 173 aufweist, steigt  
diese bei der Witwe auf 355.

In dem neuen Entwurf des Strafrechtsgesetzes ist viel ent-  
halten, was nicht darin stünde, wenn es keine Sozialdemokratie  
und keine sozialistische Arbeiterbewegung gegeben hätte. Neu ist,  
daß künftig Frauen- und Kinderhandel auch dann in Deutschland  
bestraft werden kann, wenn er im Ausland betrieben worden ist.  
Neu ist, daß man unter Frau auch jede unverheiratete Person  
weiblichen Geschlechts zu verstehen hat. Ein neuer Schutz soll  
dabei für die Frau geschaffen werden, daß ausdrücklich auch  
Hypothek und Suggestion gegenüber der Frau als Gewaltmittel  
bezeichnet werden. Bezeichnet ist das Lächerliche, daß eine Frau  
wegen Abtreibung bestraft wurde, wenn sie zu diesem Zweck eine  
Lasse Schokolade trant oder eine Portion Gurkensalat mit Pfeffer  
als eine Mischung, die für die Frauen von höchstem Interesse  
ist, bestellte darin, daß bei der Strafzumessung das Vorleben des  
Täters, seine persönlichen Verhältnisse und seine wirtschaftliche  
Lage vom Richter berücksichtigt werden müssen. Auch bei der  
Bestimmung der Geldstrafe ist die Wirtschaftslage des Täters zu  
berücksichtigen, wobei dem sozial Schwächeren die Geldstrafe ge-  
sundet werden muß, um sie in kleineren Beträgen abzu-  
geben. Was die Frauen vor allem beunruhigen müssen, ist, daß die Todes-  
strafe noch grundsätzlich im Strafrecht erhalten ist. (Zurück-  
weiden!) Denn die Todesstrafe ist eine Barbarei, sie ist krimina-  
listisch und kriminalpolitisch ein Unfug.

Etwas vom Gemeinschaftsgedanken des Sozialismus findet  
sich in dem Strafrechtentwurf in der Ueberricht „Angriffe gegen  
die Volkstraft“. Dagegen findet sich nicht mehr die Ueberricht  
„Strafbare Verbrechen wider den Besitz“. Neu ist, daß künftig  
auch Verbrechen bestraft wird, und zwar mit Zuchthaus bis zu fünf  
Jahren, der von dem Verbrechen des Frauen- oder Kinderhandels  
Kenntnis erhalten und keine Kenntnisse nicht sofort an die  
Behörden weitergegeben hat. Derjenige, der einen anderen auf aus-  
drücklich und ernstes Verlangen tötet, soll künftig nur mit  
Gefängnis bestraft werden; die Mindeststrafe wird danach statt  
bisher drei Jahre acht Tage betragen. Der Selbstmord ist in dem  
Entwurf, wie bisher, nicht strafbar, aber derjenige, der einen  
anderen zum Selbstmord verleitet, wird künftig mit Gefängnis  
bestraft werden. Das ist wichtig, weil es schon vorgekommen ist,  
daß Frauen von Männern aus egoistischen Gründen zum Selbst-  
mord bestimmt worden sind. Bisher wurde die Mutter eines un-  
erledigten Kindes, die dieses unmittelbar nach der Geburt tötete,  
mit Zuchthaus nicht unter drei Jahren bestraft. In dem neuen  
Entwurf ist das Verbrechen des unehelichen Kindes weggefallen,  
und die Kindesmörderin wird nur mit Gefängnis bestraft, das  
höchst die Mindeststrafe beträgt drei Jahre Zuchthaus acht  
Tage Gefängnis. Wichtig ist die Bestimmung des neuen Ent-  
wurfs: Eine Frau, die ihre Frucht im Mutterleibe oder durch  
Abtreibung tötet, wird mit Gefängnis bestraft. Der Versuch ist  
strafbar. Über in besonders leichten Fällen kann der Richter die  
versuchte Abtreibung strafflos lassen. Das ist viel zu wenig für  
das, was wir über die Gründe und Ursachen der Abtreibung  
wissen. (Sehr richtig!) Aber es ist ein Anfang, der uns Stärke  
und Berechtigung gibt, mehr zu verlangen. Die jetzige Fassung  
des neuen Abtreibungsparagrafen und des sogenannten Notzucht-  
paragrafen ist so, daß im neuen Strafrecht der Arzt auch wider  
Willen der Mutter das Kind töten darf, um das Leben der Mutter  
zu retten. (Bravo!) Bis jetzt ist nach dem Strafrecht jedes Aus-  
stellen von Gegenständen, die der Verhütung der Empfängnis und  
der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten dienen, verboten.  
(Hör, Hör!) Auch hier ist eine leise Veränderung zum Besseren  
eingetreten. Nach dem künftigen Strafrecht wird nur derjenige  
bestraft, der in einer Sitte und in einem verletzenden Weise  
solche Sachen öffentlich anfündigt, anpreist oder allgemein zu-  
gänglich macht. Das ist ein Weg, auf dem man weitergehen  
kann. Auf dem Gebiet der Nudigkeit und Unzucht geht mir per-  
sönlich der Schutz der Kinder nicht weit genug. Derjenige, der ein  
Kind, das noch nicht 14 Jahre alt ist, zur Unzucht mißbraucht, soll  
mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft werden. Nach meiner  
Ansicht ist die Geschlechtskrankheit des Kindes das höchste Gut, das  
überhaupt im Strafrecht zu schützen ist (Sehr richtig!), weil ein  
Schaden angerichtet werden kann, der in den meisten Fällen  
niemals wieder gut zu machen ist. (Zustimmung.) Ich verlange  
also hinsichtlich des Schutzes der Frauen und Kinderrechte den  
höchsten, das sind 15 Jahre Zuchthaus. Der erhöhte Schutz der  
Frau zeigt sich noch in anderen Bestimmungen. Wer durch un-  
rechtmäßiges Vorgehen einer Frau eine schwere körperliche Verletzung  
für die Dauer zufügt, bekommt heute nur eine verhältnismäßig  
geringe Freiheitsstrafe; künftig ist vorgesehen, daß derjenige, der  
durch eine unglückliche Handlung einer Frau oder einem Kinde eine  
geschlechtliche Erkrankung... mit Zuchthaus nicht unter zehn  
Jahren bestraft wird, oder... das ist ein Triumph des Frauen-  
rechts — mit lebenslänglichem Zuchthaus. Ein weiterer Fort-  
schritt ist darin zu erblicken, daß die Bestimmung geändert wird,  
wonach nur der Mann bestraft wird, der ein uneheliches  
Mädchen verführt, während bisher der Mann mit einem Mädchen  
machen kann, was er will, ohne daß er bestraft wird, wenn es  
bereits verführt worden ist. Der Strafrechtsgeber hat jetzt das  
Verbot der Bestrafung aus dem Gesetz herausgelassen. Ge-  
fallen ist in dem neuen Strafrechtentwurf auch die Prostitution.  
Kuppelei ist künftig nur strafbar, wenn sie aus Eigennutz geschieht,  
ferner gegenüber Mädchen unter 18 Jahren und bei Anwendung  
von hinterhältigen Kunstgriffen sowie bei verwandtschaftlichen Ver-  
hältnissen.

Wo ein Fortschritt in dem Strafrechtentwurf enthalten ist,  
ist es das allgemeine Ergebnis der fleißigen Arbeit der  
deutschen Sozialdemokratie und der sozialistischen Arbeiter-  
bewegung in Deutschland. Was der Sozialdemokrat für die Frau  
im künftigen Strafrecht verlangt, ist folgendes: 1. Wenn die Frau  
ihre soziale und gesellschaftliche Aufgabe nicht erfüllt, so kann sie  
die Gesellschaft nur dann bestrafen, wenn sie der Frau auch die  
Boraussetzungen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gibt. Das  
bezieht sich vor allem auf die Frage, inwieweit eine Frau frei  
über Körper und Seele verfügen darf. 2. Mutter und Kind als  
die Grundzüge der Gesellschaft sind gegen jede Ausbeutung durch  
höchste Strafe und höchste Sicherungsmaßnahmen zu schützen.  
3. Dieser Schutz hat sich insbesondere zu erstrecken gegen jede  
Gewalt, die gegenüber der Frau und dem Kinde in körperlicher  
und seelischer Hinsicht angewendet wird oder angewendet zu werden  
verurteilt wird. 4. Die Frau ist gleichberechtigter Partner, die Frau  
ist neben dem Manne in der finanziellen Versorgung, Rechtsprechung  
und im Strafrecht gleichberechtigt. 5. Weg mit dem Zuchthaus  
und ähnlichen Zwangsmitteln, die durch bekümmerte soziale Faktoren  
erzielt werden müssen.

Arbeiten für die Emanzipation der Frau, der Grund an die  
Frau ist alles, was aus Sozialdemokraten heißt und laßt ist.  
Dafür Sie uns in diesen Stunden an die heilige Kraft des  
Sozialismus in jeder Stunde der Welt. Die Sozialdemokratie und  
die Arbeiterbewegung sind die einzigen Kräfte, die in der Stunde  
des höchsten Kampfes die Frau befreien werden.

## Eine „Schuldfrage“?

### Zur Frage der politischen Auffklärung der Frauen.

Genossin Clara Zils-Eckstein schreibt uns:

Es ist unbestritten eine sehr verbreitete Meinung, daß die  
erzogenen und Erziehung, die Verhütung und Verhütung  
auf den Schulden oder doch angeblich Schulden abzuwickeln.  
Als solche Schulden werden in unserer Partei nach jeder  
Wahl die Frauen getrieben. Ist das Wahlergebnis  
ungünstig, so sind die Frauen schuld. Ist es relativ günstig,  
so würde es viel besser sein, wenn nur die Frauen ihre Pflicht  
erfüllt hätten. Es darf doch aber nicht übersehen werden, daß  
diese Methode der Entlastung zwar sehr bequem, aber völlig  
unrichtig ist. Gerade die besten und tätigen Genossinnen  
fühlen sich bei dieser schmerzhaften Urteil mit Recht verletzt und  
getränkt, und es muß jetzt, im Angesicht der Wahlen zu den  
Kreis- und Provinzialparlamenten, diesen Dingen mehr Aufmerk-  
samkeit zugewendet werden.

Zunächst ist festzustellen, daß es natürlich nicht genügt, den  
Frauen am Vorabend einer Wahl zu verübeln, daß sie sozial-  
demokratisch zu wählen hätten. Notwendig ist, sie vorzubereiten  
auf die Wirkungen von Wahlergebnissen auf Ernährung,  
Wohnung, Arbeitsstelle, Erwerbslosenfürsorge, Kindererziehung,  
Schule usw., ihnen zu zeigen, wie das ganze Leben von der  
Fürsorge für das noch Ungeborene bis zur Lebenshaltung, durch  
die politischen Entscheidungen beeinflusst wird. Die Partei kann  
bei der Fülle ihrer Aufgaben, der Bewegtheit der politischen  
Zustände und der Begrenzung ihrer Mittel diese Kenntnisse allein  
durch Vorträge, Kurse, Schriftmaterial nicht vermitteln. Dar-  
aus ergibt sich für die männlichen Parteimitglieder eine besondere  
Verpflichtung zur Mitarbeit in ihrer nächsten Umgebung.  
Schließlich leben ja die proletarischen Frauen nicht durch eine  
tiefe Kluft von den Männern getrennt, sondern sie sind ihnen  
als Familienangehörige und Arbeitskollegen nahe. Wie nach  
einem englischen Sprichwort die Wohlfahrt zu Hause beginnt  
soll, so muß auch zu Hause die Agitation anfangen. Die für  
uns so sehr schädliche politische Indifferenz der Frauen kann auf  
diese Weise zu einem erheblichen Teil überwunden werden.  
Mögen auch nicht alle die Genossinnen, die mit lauter Entschlie-  
nung verkünden, daß das Frauenrecht gegen uns wirkt, der Schuld  
bloß sein, so werden doch sehr viele gegeben müssen, daß an  
intensiver Aufklärungsarbeit im nächsten Umkreis viel mehr  
geleistet werden kann. Eine „Arbeitssteigerung“ nach der nur der  
Mann in die Versammlung geht und — der Frau dies nicht  
einmal berichtet, ist selbstverständlich zu verurteilen.

Bei der Erörterung der „Schuldfrage“ darf ein anderes  
wichtiges Moment nicht übersehen werden. Der § 6 des Organi-  
sationsstatuts der Partei läßt sich vor, daß in allen Betrieben der  
Organisations- und in allen Delegationen der weiblichen Mit-  
glieder eine Vertretung im Verhältnis ihrer Zahl zu gewähren  
ist. Wir halten dieses Prinzip für falsch. Wenn ein Partei-  
mitglied mit einer Funktion betraut wird, so soll allein seine  
Eignung dafür maßgebend sein. Die formale Gerechtigkeit, die  
der § 6 den Genossinnen liefert, ist nur die Verhinderung einer  
tatsächlichen Ungerechtigkeit. Was auch unsere Partei die Gleich-  
stellung der Frau seit Jahrzehnten programmatisch festgelegt  
haben, so muß diese doch in der Praxis erst erkämpft werden.  
Es fällt doch auf, daß keine unserer lokalen Parteiorganisationen  
eine Genossin etwa zu ihrer Vorstands wählte, daß bei der  
Delegation zum letzten Kongress der Sozialistischen Internationale  
die Parteibetriebe durchweg der Genossin nur das Wort  
gaben. Das orthodoxe Mandat übertrug man geradezu selbst-  
verständlich einem Genossen, auch wenn die Frau genau so gut  
oder besser geeignet ist. Bei Kandidatenausschreibungen gelten die  
Ansprüche der Frauen sehr häufig als genügend berücksichtigt,  
wenn eine von ihnen an sichere Stelle gesetzt wird. Diese  
Erkennung zeigt sich durchweg, und der Vorstand der Gesamtpartei  
gibt durchweg kein leuchtendes Vorbild. So hat er zwar im  
Heidelberger Parteitag die Tätigkeit der Genossinnen in den  
kommunalen Körperschaften sehr gerühmt, in die Kommunal-  
politische Zentralstelle beim Parteivorstand aber hat er acht  
Genossinnen, keine einzige Frau, berufen. Der Parteivorstand macht  
sich also die Anerkennung kommunaler Frauenarbeit ziemlich  
billig. Die Genossinnen werden gewiß ihre Pflichten mit gleicher  
Ereue weiter erfüllen, arbeitet man doch bei uns nicht der An-  
erkennung in irgend welcher Form, sondern allein der Sache  
wegen, aber gerade die Sache verlangt es, daß nicht zwischen  
Wort und Wirklichkeit ein solcher Unterschied laßt.

Wir empfehlen keinen den Formalismus. Eine mathematisch  
basierte Gerechtigkeit ist überhaupt keine. Das Interesse der  
Partei verlangt, daß den Frauen ohne Rücksicht auf das Zahlen-  
verhältnis so viel Positionen eingeräumt werden, wie brauchbare  
Kräfte dafür vorhanden sind!

## Seringhäufig der Frau im Mittelalter.

Wenn auch die vornehme Frau der Ritterzeit aufs höchste  
verehrt wurde, so ist doch in späteren Jahrhunderten die Frau im  
allgemeinen sehr gering geachtet und größtenteils als Fremde  
eines allzu billigen Spottes betrachtet worden. Schon Roscius von  
Billeron tadelt im Anfang des 16. Jahrhunderts die angebliche,  
übergroße Neugier der Frauen. „Alles, was auf der Gasse geht,  
fährt oder reitet“, sagt er, „müssen sie sehen, wissen und be-  
sprechen. Jede noch so erbärmliche Geige oder Fiffel reizt ihre  
Neugier, auch die notwendigsten Geschäfte, was den  
Händen fallen lassen.“ Das Weib ist des Teufels Werkzeug,  
führt er an anderer Stelle aus, durch welches er alles Unheil in  
die Welt gebracht und viel weise und fromme Männer zu Narren  
gemacht hat. Gegen Ende des 16. Jahrhunderts werden die  
Frauen so gekennzeichnet: „Man muß auf die Frauen sehr zu-  
sagen, wenn man sie bester will, denn die Weiber haben einen  
Haut. Die erste ist die Stodderhaut, denn die Frauen hängen  
sich, auf die Fragen des Mannes Antwort zu geben; dann kommen:  
die Bärenhaut, denn sie brummen; die Säuerhaut, denn sie  
knurren; die Hundehaut, denn sie bellen; der Fuchshaut, denn  
sie schnüffeln davon und jähren; die Schall, Hurenjäger und Ueberricht,  
da Spielzeug und Weingehül; die Rossant, denn sie stoßen wie  
ein Pferd; die Rachenhaut, denn sie krallen und fassen wie eine  
Katz; dann kommt die Saehaut und erst dann die Menschenhaut.“  
Kraiser kann die unorganisierte soziale Stellung der Frau und  
der geistige Hochmut der Herren der Schöpfung, die für sich un-  
bedenklich das Recht auf die verschiedensten Ausbeutungen be-  
anspruchten, wohl kaum gekennzeichnet werden. Auch die angeb-  
liche Mäandrigkeit der Frauen wird in manchen cupideren  
berden und höchsten Entschuldigungen gegeben.

Man kann sich denken, wie unheimlich, wenn die  
Mittel, die Frauen zu verlegen, die Frauen bestrafen werden.  
Der tolle Mann glänzt loger, fetter Frau mit Redegewalt  
Gefallen zu tun. Eilige Frauen wollen, daß sie geschlagen  
werden. sagt Johannes Bach, „denn sie wissen, daß die Liebe  
ihres Mannes, Weiber sie nicht gewinnen, so werden sie, daß ihr  
Mann sie nicht lieb hat.“ Es ist ein, dem Frauen  
damals von keinen Mitmenschen bestrafen wegen einer anderen  
Mißhandlungen seiner Ehefrau gemacht werden, erzieht er, daß  
es niemanden jenseits darüber inredere zu reden, wenn die  
Mann keine Frau hätte. Man betrachtet vielfach die Frau  
das einzige Mittel, um dem Manne die Herrschaft zu tun, die  
er haben will. Die unglückliche und verurteilte Schwand, die für  
dieser Verbrechen, erzieht er, daß die Frauen nicht  
erzielt werden können.

**Stuhl-Theater**  
 Freitag, abends 7 Uhr:  
 „Lannhäuser“  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
 „Der Barbier von Sevilla“  
 Sonntag, abends 7 1/2 Uhr:  
 „Cavalleria rusticana“  
 und „Der Bajazzo“

**Bereinigte Theater**  
**Lobetheater**  
 Beflingstr. 8. Tel. 91.6774.  
 Freitag, 20. September  
 abends 8 Uhr  
 Sonnabend, 21. Septbr.  
 abends 8 Uhr:  
**Der Areldefreis**  
 Spiel nach dem Chinesischen von Klafund.

**Theatertheater**  
 Schwefelstr. 3. Tel. 91.6700  
 Freitag, 25. September  
 abends 8 Uhr:  
 Sonnabend, 26. Septbr.  
 abends 8 Uhr:  
 Gotthard Dr. Paul Sonntag  
**Der Gott der Rache**  
 Drama von Schiller  
 Inszenierung: Renzo Florio

**Schauspielhaus**  
 Operettenbühne  
 Tel. Ring 2545  
 Freitag, 8 Uhr:  
 zum 25. Male  
**Riquette**

Jeder Besucher erhält  
 einen Karten-Schokolade  
 der Firma Riquet & Co.  
**Riquette.**  
 Sonnabend u. täglich 8 Uhr:  
 Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:  
**„Gräfin Mariza“**

**Berlin**  
**New-York**  
**Tokio**  
**London**  
 sandten ihre  
 besten Artisten  
 nach  
**Breslau**

zur  
 Variété-Revue  
 im  
**Liebig**  
 Theater  
 Telefon Ring 1626.  
**Ellen Sie!**

denn  
 in wenigen  
 Tagen  
 verabschiedet  
 sich das  
 September-  
 Programm.

**Inferate**  
 werden in der  
 Ballnacht  
 des größten  
**Erfolg!**



**CIRCUS BUSCH**  
 Täglich 7 1/2 Uhr, Sonntags nach 3 Uhr.  
 Nachmittags halbe Preise. 5773  
**Nicht vergessen!**  
 Morgen 7 1/2 Uhr Premiere:  
**DIE ERSTE GROßE CIRCUS-REVUE**  
**Kusch Kusch**  
**3. Busch**  
**20 lustige Bilder 20**  
 Lachen ohne Ende!  
 Das große Circus-Programm spielt im  
 Rahmen der Revue  
**Breslau unter Wasser.**  
 Alles rutscht Alles krocht  
 Alles schwimmt Alles lacht  
 Vorverkauf täglich ab 10 Uhr:  
 Circus, Barasch, Gelbe Radler

**1. Etage**  
**Stoff-Lauben**  
 Schweidnitzer Straße 49  
 (Haus Strumpf-Fuchs)  
**Reste**  
 Reste zu Blusen  
 Reste zu Kleidern  
 Reste zu Röcken  
 Reste zu  
 Kinderkleidern, -Mänteln  
 Jeder Rest  
 2, 3 und 4 Mk.  
 Gebr. 1909

**Buchhandlung**  
**Volkswacht**  
 Modernes Antiquariat  
 Breslau 3. Neue Grammerstr. 5

**Der Lotterieverein der Elektromonteur**  
 (gegr. 1909)  
 veranstaltet innerhalb der Branche  
 am **Sonnabend, den 26. September,**  
 im großen Saale des Gewerkschaftshauses ein  
**Großes Herbstvergnügen**  
 verbunden mit  
**Verlosung und diversen Überraschungen**  
**TANZ**  
 Einlaß 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende???  
 Um gültigen Zuspruch bittet **Der Vorstand.**

**BRESLAUER**  
**WELTBÜHNE**  
 Fleißplatzhaus Friedrich-Wilhelm-Straße 35  
 Beginn: Wochentags 6 u. 9 Uhr; Sonntags 4, 6, 9 Uhr.  
 Zwei ausgezeichnete Lustspielschlager in einem Programm:  
**Bei mir Niagara!**  
 mit **Buster Keaton.**  
**Pat und Patachon**  
 auf der Weltreise.  
 Näheres an den Ausschlagzettel! 5771

**Es gibt nur ein**  
**Salmin**  
 DAS REINE KOKOS-SPEISEFETT, DER  
 \*H. SCHLINCK & CO. A. G. HAMBURG\*

**Schlesisches Landesorchester**  
 Heute Freitag, abends 7 1/2 Uhr:  
**Südpark-Konzert.**  
 Wagner-Abend. Leitung: W. Mundry.

**Bitte**  
 bei allen Einkäufen  
 stets die Inserenten  
 unserer Zeitung zu  
 berücksichtigen.

**Nußbaum-Gaststätte**  
 Schmiedebrücke 20  
**Wiedereröffnung**  
 Sonnabend, den 26. September, nachm. 4 Uhr  
 Zum Auschank gelangen nebst gut gepflegtem Lagerbier Liköre  
 von Gebr. Wolff Jr. zu Originalauschankpreisen. Schoppenweine  
 direkten Bezuges 1 Liter 40 und 60 Pf.  
 Ganz besonders wird auf die umfangreiche Speisewirtschaft  
 aufmerksam gemacht. Zu mäßigen Preisen wird da verabreicht:  
 von 10 bis 12 Uhr Stammtischstück 50, 60, 70 Pf.  
 von 12 bis 2 Uhr Pittagstisch, Menü 1.00, 1.20 Mk.  
 von 4 bis 6 Uhr Kaffee, Kakao, Schokolade  
 in Tassen und Krüglehen mit Hausbackkuchen.  
 Abends reichhaltige Speisekarte mit Tagesspezialitäten.  
 Zu jeder Tageszeit warme Knoblauch- und Polnische Wurst.  
 Portion 35 und 40 Pf. 4290  
 Allwöchentlich Donnerstag findet Hausschlachten  
 mit Wellwurst- und Weißfleischessen (Schlachtsüssel) statt.  
 Um zahlreichen Besuch bittet  
**Die Geschäftsleitung der Nußbaum-Gaststätte.**  
 Niessch.  
 Großes Vereinszimmer mit Klavier steht zur Verfügung  
 und wird gratis vergeben.

**Die allerbilligsten**  
**Anzüge, Ulster**  
 und  
**Marengo-Paletots**  
 kaufen Sie direkt aus der  
 Werkstatt im  
**Gerrenbelleid. - Haus**  
 Nikolaistraße 48,  
 3. Haus vom Königsplatz  
 Inhaber: 4232  
**H. Partetzke.**

**Kleine Anzeigen**  
 sind kompakt gesetzte einsp.  
 Anzeig. v. Verkäufen, Kaufg.  
 suchen u. a. nur von Privaten.  
 Wort 3 Pfg., felt 4 Pfennige.  
**Arbeitsmarkt**  
 Gändler f. Erdat Seite sucht  
 Lippert, Heinrichstraße 16.  
**Kleine Anzeigen**  
 sind kompakt gesetzte einsp.  
 Anzeig. v. Verkäufen, Kaufg.  
 suchen u. a. nur von Privaten.  
 Wort 3 Pfg., felt 4 Pfennige.  
**Bandonium**, wie neu, mit  
 Koffer, 116 Stimm., schwarz,  
 zu verkaufen bei Lange, Köp-  
 fstraße 39. 4233  
**Gastrene**, Gaslampen,  
 Koffer mit Koffer umgibt-  
 halber sofort bill. zu verkauf.  
 Moritzstraße 53 III, r. 4234

**Promenaden-Theater**  
 2 Schlager! Einzug Promenade und Domplatz.  
 Erstaufführung  
 Der größte Lachschlag!  
**Ein Großkampf in Zirkus Hamburg**  
**Harry Piel**  
 in seinem neuesten und  
 besten Großstück  
**Zigano der König**  
**der Briganten**  
 über die lustige Kriminal-  
 Geschichte aus dem Lande der  
 unbegrenzten Möglichkeiten  
 8 Akte köhnter Abenteuer, verblüffendste  
 Sensationen, pompöse Ausstattung und  
 gewaltige Massenszenen.  
**Tip u. Top**  
 auf  
**Abwegen.**  
**Sie lachen Tränen**  
 über die lustige Kriminal-  
 Geschichte aus dem Lande der  
 unbegrenzten Möglichkeiten

**Ah-Lichtspiele**  
 Schweidnitzer Straße 37 4 Uhr. Letzte Vorstellung 8 1/2 Uhr.  
**Was geht in den**  
**Ah-Lichtspielen vor?**  
 Tollster Humor, wie er noch nie dagewesen  
**Erstaufführung**  
**Die Lustspiel-Woche**  
 Wie  
**Jack Dempsey**  
 Boxkämpfer wurde  
 in 28 Minuten besieg  
**Er Harold Lloyd**  
 in 28 Minuten besieg  
**Schmusolini**  
**Die Bergkatze**  
 mit Heidemann, Victor Janson, Thimig, Grätz u. Paia Negri.  
 Das pompöse  
 Ausstattungs-Lustspiel

## Die Reichswehr der Deutschen Republik.

### Mitwirkung bei Stahlhelmsfeiern. — Verhaftung beim Reichsbannerfest.

Unter Beteiligung von ungefähr 200 Reichsbannerkameraden wurde das Reichsbanner-Spektakel am vergangenen Sonntag das feierliche Fest der Reichswehr unter der Leitung von zwei Hauptkapitänen durch Schlägler nach dem Kriegesdenkmal, wo Kamerad Novak durch eine kurze Ansprache eröffnete. Darauf sprach Kamerad Hans Novak einen Begrüßungsprolog, der die feierliche Kranzniederlegung folgte. In einmütiger Weise entwickelte Kamerad Deutsch den republikanischen Geist des Reichsbanners und die Idee des deutschen Einheitsbanners. Das Fest fand in der „Linde“ in Militärlager, Preisstücken und Tanz seinen Ausklang.

Kurz vor dem Ende des Vergnügens wurde die Veranstaltung durch einen Zwischenfall gestört, der in der Verantwortung des Kameraden Reusen seine Auslösung fand. Es ist allgemein bekannt, daß der Befehlshaber der Reichswehr eine Verfügung erlassen hat, nach welcher sich kein Angehöriger der Reichswehr an irgend einer Veranstaltung des Stahlhelms oder des Reichsbanners beteiligen darf. Im Gegensatz zu dieser Anordnung beteiligte sich das Offizierskorps des Reichsbanners trotzdem an einer Veranstaltung des Stahlhelms. Von dieser offiziellen Beteiligung der Reichswehr wußten damals wohl ziemlich alle republikanischen Zeitungen, da sich die Reichswehr mit jener Tageszeitung in Verbindung gesetzt hatte. Landtagsabgeordneter Ludwig unterbreitete die Vorgänge den zuständigen Stellen, mit dem Ergebnis, daß beim letzten militärischen Manöver Stahlhelms und Militärische Reichswehr mit Offizieren in den Austausch und ständig militärischer Ordnung gemeinsam photographiert wurden und diese Aufnahmen öffentlichlicher Hand auf die Republik zum allgemeinen Verbrauch ausgestellt wurden. Die Stimmung, die sich aus solchen Tatsachen bei allen ehrlichen Republikanern ergab, braucht nicht getrennt zu werden. Sie mündete in dem Augenblick explosiv zum Ausdruck kommen, da dieselbe Reichswehr, welche die Anordnungen ihres obersten Chefs nicht befolgte, von Bürgern verurteilt wurde, daß diese sich nach ihren Anordnungen richteten. Das war die Grundstimmung, aus welcher der Zwischenfall hervorging. Es erschien eine Wirtschaftspatrouille im Vorraum zum Saal und begann Namen anwesender Reichsbannerkämpfer aufzuschreiben. Als Auftreten der Patrouille wurde anfangs wenig bemerkt. Die Reichsbannerleute nahmen an, daß den Soldaten Nachteile daraus entstehen würden, weil diese an einer Kameradenveranstaltung teilgenommen haben. Um das zu verhindern, wurde die Patrouille gebeten, keine Feststellungen zu machen und sich zu entfernen, da bei der Stahlhelmsveranstaltung auch nicht eingegriffen wurde. Bei der Unterhaltung stellte es sich aber heraus, daß die Patrouille eigentlich nur die Urteilsurteile revidieren wollte. Jetzt war genötigt alles erledigt. Inzwischen soll sich eine gewisse Unruhe

entwickelt haben, die im Saal nicht bemerkt wurde, aber einen Offizier auf den Weg rief. Dieser ließ einen Bannführer herausbitten. Kamerad Reusen begab sich zu ihm. Er erklärte dem Offizier, daß er selbstverständlich auch jeden Klatsch verhindern werden will, daß die Reichswehr aber kein Recht habe, in eine geschlossene Gesellschaft einzudringen, sondern die Reichswehr nur die Befugnis besitzt, das öffentliche Lokal zu revidieren. Er suchte, dem Offizier klar zu machen, wie die Stimmung des Reichsbanners zu verstehen sei, und machte einen Vorschlag, der den unnötigen Zwischenfall beendet hätte. Der Offizier ging auf diesen Vorschlag nicht ein. Während dieses Gesprächs hatte sich jedoch die Situation im Innenraum als Ergebnis der eingangs geschilderten Stimmung so zugelegt, daß das Schlimmste zu befürchten war, wenn die Reichswehr, nachdem die vom Offizier nachgehauene Ansprache ergebnislos verlaufen, in den Saal eintrat.

Um zu verhindern, daß Militärisch zum Schauspiel blutiger Vorfälle wird, und um zu verhindern, daß Arbeiterfamilien ins Unglück gestürzt werden, handelte Kamerad Reusen jetzt als sich seiner Pflicht bewußter Stadtverordneter, indem er erklärte, von jetzt an alle Verantwortung tragen zu wollen. Er verlangte von seinen Kameraden, sich aus der Nähe der Soldaten zu entfernen, und verbot der inzwischen verärgerten Patrouille den Eintritt in den Saal. Diese verhielt sich darauf bei Kamerad Reusen und führte ihn ab. Damit war aber das Ablenkungsmanöver geschehen, was Reusen erstrebte. Die Reichswehr hatte ein Objekt, mit dem sie sich selber aus dem Lokal führte, und für das Reichsbanner war Zeit gewonnen, sich des Ernstes der Situation bewußt zu werden. In dem Reusen abgeführt wurde, forderte er das Reichsbanner ausdrücklich auf sich zu seinen Tätigkeiten hinzusetzen zu lassen.

Es ist dann ein Zug der 8. Eskadron alarmiert worden, und vor der Kaserne gegen Doppelposten auf, da Verurteilungen gefaßt sein sollen, die ein Herausgehen Reusens bezweckten. Reusen wurde später von der Ordonnanz entlassen, da kein Fluchtverbot vorlag. Ein Protokoll wurde nicht aufgenommen. Vernehmungen fanden nicht statt. Bei dem Zwischenfall ist niemand rüchlich angegriffen worden. Die offensichtlich untergeordnete Behandlung von Stahlhelms- und Reichsbannerleuten und die später nur noch aus Herabwürdigung oder — Haß gegen Republikaner erklärliche Maßnahmen seitens der Reichswehrführung hätten aber leicht zu höchst beklagenswerten Ereignissen führen können. Die Reichswehrführung hat Verantwortung genug, verurteilende Vorfälle zu vermeiden. Eine sechsjährige, oftmals anti-republikanische Tätigkeit belastet ihr Konto.

Unnötig zu sagen, daß das Militärische Stadtblatt die Vorgänge vollständig entstellt wiedergibt, um nur ja dem verhassten Reichsbanner und seinem Führer eins auszuweisen zu können.

## Die niederländische Not im Breukelischen Landtag.

Die Landtagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei, desentrums und der Demokraten hat einen Antrag eingebracht, der sich mit der Notlage im Breukel-Neurode-Industriegebiet beschäftigt. In Anbetracht der durch das Wohnungsproblem und die wirtschaftliche Lage stark gefährdeten Volksgesundheit werden ausreichende Mittel für die Förderung der Volksgesundheit, insbesondere Staatszuschüsse für den Häuserneubau und eine vermehrte Zuteilung von Hauszinssteuer-Hypotheken, außer angemessenen Krediten für den Bergbau wird die Befriedigung der Kreditbedürfnisse des Mittelstandes als notwendige Abhilfemaßnahme betrachtet. Es steht noch aus, welche Stellungnahme die übrigen Parteien des Landtages zu dem im Ausschuss berührten Fragen im Plenum einnehmen werden.

## Die Glasarbeiter der Grafschaft Glas zum Kampf entschlossen.

In einer sehr stark besuchten Versammlung nahmen die Glasarbeiter von Rüdgers und Umgebung Stellung zu der Kündigung der Glasindustrie am 17. September, nach welcher alle Kündigungen entlassen werden sollen, die auf die Lohnsenkung laut Schiedsspruch nicht verzichten wollen. Die Gauleiter der beiden Verbände, Lehmann und Rabus, behandelten in eingehender Weise die von den Unternehmern heraufbeschworene Lage und wiesen auf den Widerspruch der verschiedenen Aussagen von den Unternehmern hin. Es ist daraus zu folgern, daß nicht die wirtschaftliche Notlage der Grund zu der Kündigung ist, sondern die Durchführung des Prinzips nach den Beschlüssen der zentralen Unternehmerorganisationen, auf keinen Fall Lohnsenkungen zuzustimmen. Dagegen gilt es mit bewußter Entschiedenheit Front zu machen. Dieser Wille kam auch in der Aussprache zum Ausdruck, nach der einstimmig folgende Entschlüsse angenommen wurden:

„Die am 22. September in Rüdgers, Hotel „Germania“, stattgefundenen sehr stark besuchte Glasarbeiterversammlung der Grafschaft Glas lehnt ganz entschieden die Zustimmung der Arbeitgeber, auf die im Schiedsspruch vom 22. August zugesprochenen, sehr bescheidenen Lohnsenkung zu verzichten ab. Die Vertretung der Lebenshaltung hätte eine wesentlich höhere Zulage gerechtfertigt. Wenn trotzdem die Arbeiterhaft den Schiedsspruch angenommen hat so aus dem Grunde, um den Wirtschaftskrisen in der so wichtigen Kristallglasindustrie aufrecht zu erhalten. Die Arbeiterhaft ist jedoch bereit, die angebotene Aussetzung mit all den damit verbundenen Opfern in Kauf zu nehmen, wenn sie ihnen von den Unternehmern aufgezwungen wird, und lehnt die Verantwortung für alle sich daraus ergebenden Folgen ab.“

**Trebnitz.** In der Kreisaußschußsitzung wurde unter anderem wieder das Bahnprojekt Trebnitz-Militz aufgestellt und beschlossen, die Verhandlungen mit den hierfür in Betracht kommenden Stellen weiterzuführen. Im wirtschaftlichen sowie im verkehrstechnischen Interesse liegt es, die landwirtschaftliche Schiene und wälderreiche Gegend des Kreises für die Allgemeinheit nutzbar zu machen. Die Sitzung für die Währungsparallelität der Landwirtschaftlichen Schule wurde genehmigt. Weiterhin bewilligte der Ausschuss zur Linderung der Not unter den Klein- und Sozialrentnern 2000 Mark zur Anschaffung von Winterhölzern.

**Glas.** Wegen Kindesmord verurteilt wurde die Landarbeiterin Anna Kupprecht, geb. Herden, aus Obersteine, Kreis Neurode. Sie hatte das neugeborene Kind ihrer 18 Jahre alten Tochter, dessen Vater ihr Ehemann war, in ihrer Verzweiflung getötet und im Düngrer vergraben. In ihrer Verurteilung wurde ihr halber Verstand und von Kruten angegriffen aufgefunden. Das Gericht erkannte unter Zurücklassung mildernder Umstände auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis mit Anrechnung der dreimonatigen Unterhaft.

**Waldenburg.** Eine landwirtschaftliche Winter- und Sommer- und Sozialrentnern 2000 Mark zur Anschaffung von Winterhölzern.

## Breslau (Land)-Neumarkt.

**Ein Ruhmesblatt der Neumarkter Stahlhelmer.**  
Die 5. Strafkammer in Breslau beschloß, die im vergangenen Montag auf Grund eingeleiteter Berufung des Schußwärters Rüdgers von hier, der vor Monaten zu einem Jahr vier Monaten Gefängnis verurteilt worden war, erneut mit der Diebstahlsangelegenheit, wo halb- und ganzgebildete „nationale“ Heiden den Angeklagten Kliefisch so gerichteten, daß er lange Zeit im Krankenhaus verbrachte und ein Auge einbüßte. Wesentlich neues war im jetzigen Termin nicht zu verzeichnen. Das Gericht verurteilt den Angeklagten wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung zu neun Monaten Gefängnis, lehnte Umhertreibung ab, da die schwere Straftat nicht unter die Amnestie fällt. Wir sind über die Diebstahlsangelegenheit in der Zwischenzeit gut informiert worden. Es ist eigentümlich, daß die Staatsanwaltschaft nur den Rüdgers schnappt und die anderen Kollinger, die bei der gemeinschaftlichen Körperverletzung beteiligt waren, nicht zur Verantwortung zieht, obgleich wir die Namen einiger der „besseren“ Neumarkter beiden bekanntgeben.

Rüdgers findet sich wie viele andere dumme Arbeiter darauf besonders etwas ein, wenn er Befehle von Stappensheimrich ausführen konnte. Daß aber nichts amonst verlangt wird, dafür hat jetzt Rüdgers keine Quittung und die eigentlichen „Geister“, bei denen sich Rüdgers bedanken kann, sitzen strafflos in Schließern oder 4-8-Zimmer-Wohnungen.

Werden nun bald auch die anderen Arbeiter, die sich nicht leicht nur für Speise und Trank zu der Sache hingezogen fühlen, zu Verstande kommen, oder muß es ihnen auch erst wie Rüdgers gehen? Kein Arbeiter darf sich werden lassen, um an der eigenen Klasse Verrat zu üben!

## Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

**Abteilung III (Süd).**  
Zur Gründung einer Ortsgruppe in Rüdgers sind sich künftige Radfahrer der Abteilung am Sonntag, den 27. September, mittags 1 1/2 Uhr, in Brodow bei Rüdgers. Die Bannführer haben für rege Beteiligung zu sorgen. F. Trese, Abteilungsleiter.

**Herrnprolog.** Reichsbanner Sonnabend, den 26. September, Veranstaltung bei Maszke. Anstehend Teilnahme am Kameradschaftsabend der Ortsgruppe Klein-Maszke. — Heilfakt. Das durch den Rundfunk vielen bekannte i. Breslauer Bandonionorchester gab ein Sonntagskonzert in den Anlagen der Anstalt. Die Bandonions zusammen mit den Violinen ergaben eine stimmvolle Musik, deren Klänge die Kranken nebst den zahlreichen Besuchern aus Breslau mit Freuden lauschten und reichen Beifall spendeten, so daß der Dirigent, Herr B. Jüngler, freis zu Zugaben sich entschließen mußte. Die feierliche Stimmung wurde noch erhöht durch das schöne Wetter, das den Kranken ermöglichte, bis zum Abend im Freien zu bleiben. Bislang ist es gelungen, den Kranken regelmäßig durch Konzerte, Vorträge und Theateraufführungen, die der Güte und Entgegenkommen der betreffenden Kreise. Ihnen sei Dank!

## Arbeiter-Sport

**Kartellvereine!**  
Die Vereine sind hiermit aufmerksam gemacht, daß die Baderarten am Sonnabend, den 26. September, von 7—8 Uhr, im Gewerkschaftshaus abzuholen sind. Die Karten werden nur an Gewerkschaften abgegeben, die von ihrem Verein mit Ausweis versehen sind. Ferner müßten die Vereine den 3. Vierteljahrstartbeitrag abführen. Die freie Turnerschaft Breslau hat dieses noch für das 2. Vierteljahr nachzuholen.  
J. W.: Konrad Vau, Kassierer, Am Weidenbamm 1.

**Freie Turnerschaft Breslau.**  
Es fehlen immer noch circa 25 Quartiere für die Nacht vom 26. zum 27. September. Es ist Pflicht jedes Mitgliedes oder Gönners des Arbeiterpartes, daß diese Quartiere bis Freitag, den 25. September, in der oberen Turnhalle Lichtfertig abzugeben werden. Allen Gastgebern zur Kenntnis, daß die Turnstunde schon um 7 1/2 Uhr beginnt und eine Mittagspause von 1 1/2 bis 1 Uhr eintritt.  
Der Kreisrauenturnwart.

**Touristenverein „Die Naturfreunde“.**  
Freitag, den 25. September: Sprechchor fällt aus, da Bühcher erst Anfang kommenden Woche eintreffen. Sonntag, den 27. September: Unsere diesjährige Schnitz- oder Buchstab. Treffpunkt 7 Uhr Kapelle. Gäste willkommen. Mittwoch, den 30. September: Mandolinen- und Gitarre- (Zarten-) Abendsabend im Gewerkschaftshaus. Alle Spieler erscheinen. Donnerstag, den 1. Oktober: Vereinsabend: Vortrag über „Montanismus und Dualismus“. Anschließend wichtige Mitteilungen. Freitag, den 2. Oktober: Sprechchor-Bohlorobe. Wir bitten euch, auch diese gute Sache durch Mitwirkung zu unterstützen, da nach Wintern und Weiblein nötig sind. Sonntag, den 4. Oktober: Studienfahrt der Führerschaft.

**Jugendgruppe des Touristenvereins „Die Naturfreunde“.**  
Dienstag, den 29. September: Arbeitsgemeinschaft im Heim Waterloostraße. Waterloostraße: Thema: „Wie die Welt entstand“. Leitung: Freund Ludwig.

**Bekanntmachungen des F. Ausschusses.**  
Bekanntmachung: Folgende Spieler der freien Sportvereine werden disqualifiziert: Max Born, wegen Scharfschützenschießens im Wiederholungsfall, vom 21. September bis 29. November, Dots, wegen Rohheitsvergehen, vom 21. September bis 1. November, Kautz, wegen Rohheitsvergehen, vom 21. September bis 1. November. Sportgenosse Maranus erhält wegen Aufregung zum rohen Spiel einen Verweis, Sportgenosse Paul Wänzl von Trebnitz, erhält wegen Raufens als Einzelspieler einen Verweis, ebenso der Jugendspieler Alfred Kofe von Oswitz wegen Wechels in die seenerische Bewegung.

**Abendungen für Montag, den 28. September:** 8 1/2 Uhr Schiedsrichter Walter von Sturm, 9 Uhr Schiedsrichter Wähler, R. F. L. Sportgenosse Jigan, Wader und Spielführer vom Spiel Stern I gegen Wader I.

**Abteilung, Vereins-Schiedsrichter!** Durch Beschluß des Hauptspielerschuldes wird in der rufflich die Verfallenslänge auf 1,50 Meter festgesetzt. Diese Länge gilt als verbindlich. Bieler, Dmman.

**Arbeiter-Athleten-Bund Deutschlands, 1. Kreis, 1. Bezirk.**  
Sonnabend, den 29. September, abends 6 1/2 Uhr: Die Teilnehmer an den schwedischen Gewichtübungen im „Schießwerk“ pünktlich und vollständig erscheinen. Halbtrot mitbringen. — Die nächste Bezirksversammlung findet am 1. Oktober, abends 8 Uhr, bei Scholz, Messergasse 4, statt. — Sonntag, den 4. Oktober, vormittags 10 Uhr, Bezirksführung im Galtbaus zum Lindenhof, Frankfurterstraße 187, bei Sportklub Stern. Alle Vereine müssen vollständig durch zwei Delegierte vertreten sein.

**Handball**

**Serienspiele am 27. September.**

Zeit	Rangschaffen	Spielplatz	Schiedsrichter
200	1921 I	Nordgruppe. Waderplatz	Steinlich, S. R.
400	1924 I	Südgruppe. Waderplatz	Kretschmer, Wader
1200	1924 II	Hundsfeld II Waderplatz	Marquanus, B. F. L.
400	Münsterberg I	Münsterberg	Gwald, Streblen
400	Strehlen I	Märzdorf I	Pogriste I, Halle
200	Strehlen II	Märzdorf II	Pogriste I, Halle
<b>A. Gruppe I Jugend.</b>			
1010	Silesia-Riders I Jgd.	Jimpel	Winda, Ost
1010	Halle I Jgd.	Sparta I Jgd.	Rühndel, West
1010	Trebnitz I Jgd.	Wölde I Jgd.	Trebnitz
<b>B. Gruppe I Jugend.</b>			
1010	West I Jgd.	Wader I Jgd.	Wegbauer, B. F. L.
1010	Märzdorf I Jgd.	B. F. L. I Jgd.	Walter, Sturm
1010	Sturm I Jgd.	Strehlen I Jgd.	Strehlen, Halle
1010	Ost I Jgd.	Süd	Hillenbogen, H. Spi
<b>III. Mannschaften.</b>			
1010	Union III	Unionplatz	Troblitz, Silesia
200	Wader III	S. F. L. III	Grosman, West
<b>K. Jugend.</b>			
1010	Union II Jgd.	Sparta II Jgd.	Troblitz, Silesia
900	Wader II Jgd.	Wader	Jellenberg, B. F. L.
200	Süd III	Krieten	fällt aus.
<b>Wiederholungsspiele.</b>			
400	B. F. L. I	Union I	B. F. L. Platz
400	Silesia-Riders I	B. F. L. I	Jimpel
400	West I	Sparta I	Westplatz
400	Tr. Sportfr. I	Wader I	Jantshow.
<b>Gesellschaftsspiele.</b>			
100	Oswitz II	West III	Oswitz
900	Eingkeit I	B. F. L. II	Gr. Wachs. Hillenbogen
900	Eingkeit I Jgd.	Wader I Jgd.	Gr. Wachs
1100	Eingkeit I Schüler	B. F. L. I Schüler	Gr. Wachs

**Handballerenspiele Sonntag, den 27. September.**

**Gruppe I.**

Zeit	Rangschaffen	Spielplatz	Schiedsrichter
2-3	4. Abteilung	Waldenburg	Waldenburg, G. Kalwa
3-4	Neumarkt	Eisenpart	Göbel, 7. u. Reichs 6.
4-5	Gandau	Eisenpart 7.	Zeute u. Feiß, Neumarkt
<b>Gruppe II.</b>			
4-5	Neumarkt	Eisenpart I.	Göbel 7. u. Reichs 6.
3-4	Pohsdorf	Eisenpart	Zieron u. Rastfeld, 5.
4-5	7. Abteilung	Oswitz	Kofe, G. W. D. und Leuchner, Pohsdorf
<b>Gruppe B.</b>			
4-5	Pohsdorf	Eisenpart	Zieron u. Rastfeld, 5.
2-3	2. Abteilung	Eisenpart	Zeute u. Feiß, Neumarkt
<b>Jugend I.</b>			
3-4	6. Abteilung	Oswitz	Kofe, G. W. D. und Leuchner, Pohsdorf
2-3	1. Abteilung I	Oswitz	Göbel u. Rofe, 7.
2-3	4. Abteilung	Eisenpart I.	Göbel u. Feiß, Neumarkt
<b>Jugend II.</b>			
10-11	Gandau	Eisenpart I.	Schindler 6. und Anort, 2.
9-10	7. Abteilung	Eisenpart I.	Schindler 6. und Anort, 2.
<b>Schüler.</b>			
900-1000	2. Abt. II	7. Abteilung I	Eisenpart
900-1000	2. Abt. I	4. Abteilung	Eisenpart
1000-1100	Neumarkt	7. Abteilung II	Eisenpart
1000-1100	Neumarkt	6. Abteilung I	Eisenpart
1100-1200	1. Abt.	6. Abteilung II	Eisenpart
Sämtliche Spiele beginnen ohne Vorzeit, der letztgenannte Termin hat 15 Minuten Vorzeit.			

**Geschäftliches.**  
Man bitte sich vor den vielen Nachbildungen, die „Kamin“ erhalten hat. Das echte Kamin wird nur in Bader (niemals Iose) verkauft. Jedes Paket trägt den Namen „Jug. Dr. Schlipf“.



...mäßig wenig ausführen. Ingegensatz der Lohnverhältnisse die Lage für beide Länder umgekehrt sein müssen. Es ist also ganz klar, schreibt Professor Bomyer, daß die Löhne keineswegs der ausschlaggebende Faktor sind, sondern die Produktionskosten von verschiedenen anderen Faktoren abhängen und die Ursache des unbefriedigenden Exportes viel tiefer liegen, als in den Schwankungen und Schwankungen der Löhne.

**Beschlechterung des polnischen Kohlenexportes nach den nordischen Staaten.**

Die durch die Staatssubventionen erreichte Senkung der polnischen Kohlenpreise hat bewirkt, daß die englische Kohle von denen sie in der letzten Zeit nicht unwesentlich verdrängt war, wieder erobert konnte. So haben die nordischen Staaten sich für die an Qualität bessere englische Kohle auf dem heimischen Markt gezeigt und gleichzeitig die billig hereingekommene polnische Kohle weniger beachtet. Man befürchtet in zuständigen Kreisen, daß der Kohlenabsatz in den nordischen Ländern im Laufe der nächsten Wochen und Monate noch mehr sinken wird.

**Die Wohnungsverhältnisse der russischen Buchdrucker.**

Der Buchdruckerverband in Petersburg hat die Wohnungsverhältnisse seiner Mitglieder untersucht lassen. Bei der Untersuchung der weiter unten folgenden Zahlen muß allerdings berücksichtigt werden, daß die Buchdrucker eine relativ besser entlohnte Schicht der Arbeiter in Rußland bilden und folglich auch hinsichtlich der Wohnung besser als das Gros der Arbeiterschaft gestellt sind. Auch beziehen sich die Erhebungen lediglich auf Petersburg, eine der wenigen, wenn nicht die einzige Großstadt Rußlands, deren Bevölkerung sich seit 1917 wesentlich verringert hat und die infolgedessen von der Wohnungskrise weniger betroffen ist. Die Ergebnisse der Erhebungen werden im „Trud“ vom 15. August wie folgt zusammengefaßt:

Obwohl die Revolution die Arbeiter aus den Kellerräumen herausgeholt hat, lebt auch jetzt noch eine gewisse Anzahl der Buchdrucker in Kellerräumen. Von den 643 Verbandsmitgliedern, deren Wohnungen untersucht wurden, leben 24 in Kellerräumen. Die Mehrzahl (335 Mitglieder) besitzen ein Zimmer; die große Mehrheit (465) haben große Familien: 17 eine Familie von drei bis fünf Personen und 191 eine Familie von fünf und mehr Personen. 4 v. H. leben in Schlafstellen. In allen Wohnungen entfallen auf jede Person im Durchschnitt 7 Quadratmeter.

Soweit die Angaben über die Wohnflächen. Was jedoch die Qualität der Wohnungen betrifft, so leben auf der Sonnenseite nur 197 Personen, in trockenen und warmen Wohnungen 108, in feuchten aber warmen Wohnungen 86, in feuchten und kalten Wohnungen 429, das heißt 66,7 v. H.

Unter diesen Umständen sind auch die Erkrankungen der Insassen der untersuchten Wohnungen verständlich: Von 305 Erkrankungen entfallen 139 auf Tuberkulose, 91 auf Blutmutter, 75 auf Rheumatismus usw.

Zu gleicher Zeit hat auch der Kiower Buchdruckerverband Erhebungen über die Gesundheits- und Wohnungsverhältnisse seiner Mitglieder veranstaltet. Hier ist das Bild leider für diese privilegierte Arbeiterschicht wesentlich schlimmer, da Kiow, wie die meisten russischen Städte, überbevölkert ist, und die Arbeiter in der Provinz allgemein bedeutend schlechter gestellt sind als in den Hauptstädten Petersburg und Moskau. Auch über diese Unterjochung werden wir durch den „Trud“ vom 11. August unterrichtet:

„5 v. H. der Gesamtzahl der untersuchten Arbeiter leben in eigenen „Häusern“ — durchweg alten und halb zerfallenen Kleinhäusern. 10 v. H. der Gesamtzahl der untersuchten Familien bewohnen je ein Zimmer, 55 v. H. Zimmer und Küche, 21,6 v. H. je zwei Zimmer, 28,8 v. H. je drei Zimmer und 0,6 v. H. je vier Zimmer. Elektrische Beleuchtung haben 29 v. H. (Gasbeleuchtung gibt es in Kiow überhaupt nicht). Wasserleitung 56 v. H., Kanalisation 67 v. H., Toilettenräume 31 v. H. 52 v. H. leben in feuchten und 63 v. H. in kalten Wohnungen. Im Durchschnitt entfallen auf jedes Zimmer 2,7 Personen. Alle Wohnungen werden schlecht gelüftet. Viele von ihnen sind halb dunkel und zum Wohnen ungeeignet.“

**Ermäßigung der Braunkohlpreise. In der Generalversammlung des ostpreussischen Braunkohlensyndikats wurde einer Herabsetzung der Preise für Braunkohle und Briketts um den Betrag zugesichert, der sich aus der Ermäßigung der Umsatzsteuer vom 1. Oktober ab ergibt.**

**Breslauer Produktenbörse.**

Amliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 24. September 1925 gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) ab schließlicher Verladung in vollen Waggonladungen (mit Ausnahme von Futtermitteln, die sich Frachtpartien Breslau beziehen). Tendenz: Getreide: Weizen bei stärkerem Angebot matt. Kartoffeln: Bei ausserordentlichem Angebot ruhig. — Futtermittel: Ruhig. — Mehl: Ruhig.

Tägliche amliche Notierungen (100 kg):  
mittlere Art und Güte der letzten Ernte bei sofortiger Bezahlung.

Getreide:	24.	22.	Dollarten:	24.	22.
Weizen, neuer	20,00	20,00	Winterweizen	—	—
Reis	16,00	16,00	Getreide	—	—
Hafer	16,50	16,50	Getreide	—	—
Branngetreide	20,00	20,00	Getreide	—	—
R. Winterg.	17,50	17,50	Getreide	—	—

**Speise-Kartoffeln, rote und weiße, 1,40 Mt. Jabitartoffeln für das Bwg. Stärke 0,07%, (Erzeugerpreis).**

Futtermittel. Nachstehende amliche Preise für Futtermittel verstehen sich für 100 kg Partiat Waggon frei Breslau für ganze Waggonladungen.

	24.	22.		24.	22.
Weizenkleie	11,00-11,75	11,00-11,75	Malzkeime	18,25-14,25	18,25-14,25
Roggenkleie	10,25-11,00	10,25-11,00	Erbsenschrot	—	—
Reis	24,00-26,00	24,00-26,00	Weizenkleie	11,00-11,75	11,50-12,25
Reis	18,50-17,50	18,50-17,50	Erbsenschrot	12,75-13,50	12,75-13,50
Reis	17,00-16,00	17,00-16,00	Malzkeime	12,75-13,50	12,75-13,50
Reis	—	—	Erbsenschrot	—	—
Reis	16,50-17,50	16,75-17,75	Malzkeime	—	—
Reis	—	—	Erbsenschrot	—	—
Reis	14,00-15,00	14,00-15,00	Malzkeime	—	—
Reis	17,25-18,25	17,50-18,50	Erbsenschrot	—	—
Reis	14,75-15,75	15,00-16,00	Malzkeime	—	—

Erbsenschrot 14,50-15,50.  
Sonnenblumenkuchen (46%) 19,50-20,50.  
Erbsenschrot (50%) 23,50-24,50.  
Baumwollsaatmehl (50%) 24,50-25,50.

**Briefkasten.**

Allen Anfragen nach eine Beugsquittung helfen. Postquittungen erhalten unsere Leser auf Verlangen von den Volkswacht-Trägern oder Trägerinnen; die Postbesitzer haben die Postquittung beizubringen. Sprechstunde der Redaktion montags von 12-1 Uhr mittags.  
E. K., Breslau 10. Der Männerturnverein Schmiedeberg im Riesengebirge ist ein bürgerlicher Sportverein. — Für die Befreiung der Zeitungsnote besten Dank!

**Bereinstalender.**

Branche der Elektro-Monteurs. Sonnabend, den 26. September, großes Herbstvergügen im neu renovierten großen Saal des Gewerkschaftshauses. (Näheres siehe Inserat).  
Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Breslau. Allgemeine Mitgliederversammlung Sonntag, den 27. September, nachmittags 10 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Tagesordnung: Rapport des Kollegen Meise. Es wird in dieser Versammlung die Verteilung der Sammelgelder an unsere invaliden Kollegen erfolgen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Recht zahlreiches Erscheinen erwartet.  
Die Disserwartung, J. K., Meise.  
Distrikt 13. Die Beilegung der Urne unseres verstorbenen Parteigenossen Hoffmann, Steinauer Straße 29, ist am Sonntag, den 27. September, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhof der Monistegemeinde, Bunsauer Straße. Um zahlreiches Beilegung erucht.  
Der Distriktsführer.

**Gibt Eure Anzeigen der Volkswacht.**

**Ganz Breslau ist erfreut**  
Über unseren Verkauf auf  
**Teilzahlung**  
bei geringer An- und bequemer Abzahlung.  
Wir bemühen uns, in hervorragenden Qualitäten und billigsten Preisen (sonstige abzugeben) zu sein und werden gekaufte Waren sofort ausgehändigt.  
Wir empfehlen:  
**Herren-, Burschen- u. Knaben-Anzüge \* Covercoats | Damen-Mäntel \* Kostüme \* Kleider \* Röcke**  
**Gummimäntel \* Lodenmäntel \* Windjacken usw. | Kasaks \* Strickwesten \* Blusen usw.**  
Winter-Neuhelmen eingetroffen! Anfertigung nach Maß! Winter-Neuhelmen eingetroffen!  
**Gartenstr. 36 Helios Gartenstr. 36**  
Telefon Ring 2546  
gegenüber Konzerthaus

**Proletarierfrauen**  
kaufen sich die Broschüre von der Genossin Luise Dito  
**Vorbeugen nicht abtreiben**  
Sie finden darin mehr, als in beliebigen, gelehrten Büchern. Die Schrift ist ein ausreichender  
**Ratgeber für Eheleute.**  
Preis 50 Pf.  
Auswärts gegen Voreinsendung von 60 Pf. an die  
**Volkswacht-Buchhandlung**  
Breslau III, Neue Graupenstr. Nr. 5.

**Selten günstiges Angebot!**  
Es ist mir gelungen, einen **Riesenposten Schuhwaren** aller Art, erster Fabrikate, als Gelegenheit zu erwerben und verkaufe diese neben anderen Waren zu **Spottpreisen** — solange Vorrat!  
**Herrenstiefel und Halbschuhe**      **Lackschuhe**      **Damenstiefel und Halbschuhe**  
mit Louis-Abatz u. 1/2 Abatz  
8<sup>50</sup>      9<sup>90</sup>      6<sup>90</sup>  
10<sup>50</sup>      12<sup>90</sup>      9<sup>90</sup>  
12<sup>50</sup>      14<sup>90</sup>      12<sup>90</sup>  
14<sup>50</sup>      15<sup>90</sup>      14<sup>90</sup>  
**Kinderstiefel**      **Sportstiefel 9<sup>90</sup>**      **Filzschuhe**  
Ia Ringbox, **spottpreis!**      schw. u. braun 12.90      in allen Ausführungen!  
**Schuh-Vertrieb**  
Kein Laden!      Ohlauer Straße 29, I.      Neben Wurstfabrik Dietrich

**Betrifft Wucherzölle!**  
Geben ersuchen:  
**Die Schicksalsstunde**  
der deutschen Wirtschaftspolitik  
von Rudolf Hilferding.  
Preis beträgt 40 Pf.  
Volkswacht-Buchhandlung, Breslau III, Graupenstr. 5.

